

Patricia von Hahn\*

## Zwischen Widerstand und Konformität – Zur Diversität uigurischer Identität in Xinjiang drei Jahre nach dem 11. September 2001

### Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Zur Diversität uigurischer Identität
  - 2.1 Ethnogenese
  - 2.2 Oasenidentitäten
  - 2.3 Pantürkismus
  - 2.4 Islam
  - 2.5 Xinjiang-Politik der VR China versus uigurische Selbstbehauptungsstrategien
- 3 Uigurische Reaktionen auf die Verschärfung von Beijings Xinjiang-Politik nach dem 11. September 2001
  - 3.1 Religionspolitik und *Strike Hard*-Kampagne
  - 3.2 Sprachpolitik
  - 3.3 Wirtschaftspolitik
  - 3.4 Gesundheitspolitik
  - 3.5 Außenpolitik
- 4 Fazit

## 1 Einleitung

Im September 2002 wurde die „Ostturkestanische Islamische Bewegung“ (East Turkestan Islamic Movement, ETIM)<sup>1</sup> von den Vereinten Nationen in die offizielle Liste terroristischer Gruppierungen aufgenommen. Nebulös bleiben die Motive, welche die UN schließlich zu diesem Schritt bewogen. Fest steht jedoch, dass China zuvor „Überzeugungsarbeit“ geleistet hatte, die ganz im Lichte des 11. September 2001 stand. So wurden der ETIM angeblich Verbindungen zu Osama bin Laden und dem Al-Qaida-Netzwerk, eine Vielzahl terroristischer Anschläge im zurückliegenden Jahrzehnt und eine radikal islamische Ausrichtung nachgewiesen.<sup>2</sup> Diese Zuschreibungen

sind nicht unumstritten: Viele Xinjiang-Experten<sup>3</sup> stellen den radikal islamischen Hintergrund dieser Organisation in Frage, Nicolas Becquelin vermutet sogar, dass es sich bei der ETIM um eine reine Phantasmagorie der VR China handle.<sup>4</sup>

In Zeiten, da der chinesische Staat Uiguren als „internationale Terroristen“ brandmarkt, ist eine differenzierte Betrachtungsweise gegenüber diesem muslimischen Turkvolk dringlicher denn je, nicht zuletzt wegen der Vielschichtigkeit uigurischer Identität.<sup>5</sup> Zwar nimmt der Artikel den dritten Jahrestag der Anschläge auf das World Trade Center zum Anlass einer Bestandsaufnahme über die Lage der Uiguren, möchte damit aber keinesfalls suggerieren, dass das „Uigurenproblem“ neu und lediglich im Kontext des 11. September 2001 zu sehen sei. Und dennoch hat der 11. September 2001 mittelbare Auswirkungen auf die Lage der Uiguren insofern, als sich in Folge dieses Ereignisses die chinesische Xinjiang-Politik um ein Weiteres verschärft hat und mit ihr möglicherweise das bereits bestehende Konfliktpotenzial zwischen den Uiguren und dem chinesischen Zentralstaat. Vor diesem Hintergrund sollen folgende Fragen für den nachstehenden Beitrag von Relevanz sein: Inwiefern sind die heute feststellbaren in- und externen Konflikte der Uiguren historisch bzw. ethnogenetisch bedingt und welche Verhaltensreaktionen ruft die Verschärfung repressiver Maßnahmen in der Xinjiang-Politik seit dem 11. September 2001 bei den unterschiedlichen uigurischen Subidentitäten hervor?

Zur Beantwortung dieser Fragen ist zunächst der Rückgriff auf identitätsbestimmende Aspekte innerhalb der uigurischen Ethnogenese zwingend (Teil 2). Die pointierten Ausführungen zu den Ursprüngen des uigurischen Pantürkismus,<sup>6</sup> zur historischen Bedeutung der Oasenzugehörigkeit und zur Rolle des Islam innerhalb der uigurischen Identität werden für den späteren Diskurs zur Divergenz uigurischer Interessensausrichtungen wichtige Anhaltspunkte liefern. Das Interdependenzverhältnis zwischen uigurischen Selbstbehauptungsstrategien und chinesischer Minderheitenpolitik im historischen Rückblick seit Gründung der VR China verdeutlicht außerdem die geschichtliche Kontinuität des Konfliktes zwischen Uiguren und der chinesischen Staatsgewalt sowie den Facettenreichtum uigurischer Reaktionen zwischen Widerstand

<sup>3</sup>Castets, Remi, „The Uyghurs in Xinjiang: The Malaise Grows“, in: *China Perspectives*, Nr.49, September/Oktober 2003, S.44; Chung, Chien-peng, „China's 'War on terror'. September 11 and Uighur separatism“, in: *Foreign Affairs*, Juli/August 2002, Volume 81, Nr.4, S.8-9.

<sup>4</sup>Nicolas Becquelin zitiert nach Maass, Harald, „Der Krieg gegen den Terror“, 2.Teil, „Wie die Freiheitskämpfer auf der ganzen Welt auf einmal zu Terroristen werden“, in: *Nachrichten Online*, Beijing, 27.8.2002.

<sup>5</sup>Der Begriff „Identität“ weist eine schillernde Semantik auf, der im Rahmen dieses Beitrags nicht Rechnung getragen werden kann und soll. Elizabeth Tonkin (*History and Ethnicity*, London: Routledge, 1989, S.16) konstatiert: „Ganz allgemein ist eben Identität kaum je inhaltlich zu definieren, sondern nur in einem Feld von Bezügen und Inhalten.“ Der Bezugsrahmen des nachfolgenden Diskurses zur Identität der Uiguren Xinjiangs lässt sich anhand folgender Fragestellungen grob umreißen: Welche Faktoren begünstigen die Herausbildung uigurischer Subidentitäten? Worüber konstituiert sich „kollektive uigurische Identität“? Welche uigurischen Identitätskonzepte greifen insbesondere in „politischen Krisensituationen“?

<sup>6</sup>Die Vorstellung von einem alle Turkvölker vereinigenden, islamischen Nationalstaat.

<sup>1</sup>Der Name „Ostturkestan“ soll im Rahmen dieses Beitrags in seinen politischen und geschichtlichen Kontext gestellt werden. An dieser Stelle sei angemerkt, dass „Ostturkestan“ die von vielen Uiguren bevorzugte Bezeichnung für ihr Heimatland ist.

<sup>2</sup>Gunitskiy, Seva, „In the spotlight. East Turkestan Islamic Movement (ETIM)“, in: *Center for Defense Information*, 9.12.2002, [www.cdi.org/terrorism/etim.cfm](http://www.cdi.org/terrorism/etim.cfm); „Chinese politburo member says Xinjiang separatists linked to Al-Qa'idah“, in: ITAR-TASS news agency, Moskau, 3.9.2004.

und Konformität.<sup>7</sup>

Vor diesem Hintergrund kann die Analyse jüngster politischer Entwicklungen und ihrer Wirkungskraft auf die unterschiedlichen uigurischen Bevölkerungsschichten Xinjiangs erfolgen (Teil 3). Hierbei gilt das besondere Augenmerk der *Strike Hard*-Kampagne der chinesischen Führung und den in Xinjiang damit direkt korrelierenden religionspolitischen Restriktionen. Darüber hinaus sollen Auswirkungen der Sprach-, Wirtschafts-, Gesundheits- und Außenpolitik der letzten drei Jahre untersucht werden. Abschließend lassen sich Einschätzungen zur Frage geben, ob im Gefolge des 11. September 2001 Tendenzen islamischer Radikalisierung bzw. wachsender Konformität bei den Uiguren feststellbar sind und inwiefern sich diese ethnogenetisch erklären (Teil 4).<sup>8</sup>

Die politische Brisanz dieses Themas verlangt entsprechendes Einfühlungsvermögen bei der Bewertung der Informationsquellen. Zu berücksichtigen gilt dabei nicht nur, dass die parteistaatliche Führung Chinas seit dem 11. September 2001 ein Uiguren-Bild entwirft, das Assoziationen zu „internationalen Terroristen“ wecken soll, sondern dass auch die freie Meinungsäußerung der Uiguren zu ihrer Lage dadurch wesentlich beeinträchtigt ist. Aus der Nutzung des Mediums Internet als Forum politischer Äußerungen auch für uigurische „Netizens“ darf ferner nicht abgeleitet werden, dass es sich hierbei um ein politisches Sprachrohr handelt, das die Mehrheit uigurischer Interessen in Xinjiang vertritt.<sup>9</sup> Vor diesem Hintergrund und der zugrunde liegenden Zielsetzung, in der Betrachtung der chinesischen Minderheitenpolitik die uigurische Perspektive wiederzugeben, stützt sich dieser Beitrag vornehmlich auf gegenwartsbezogene Beiträge internationaler Wissen-

schaftler, die ihre Untersuchungsergebnisse durch aktuelle Feldforschungen belegen können, wie Justin Rudelson, Dru Gladney und Nicolas Becquelin. Als ergiebige Erweiterung zu der Untersuchung der unterschiedlichen uigurischen Identitätskonzepte und ihrer ethnogenetischen Bewandnis erwiesen sich fernerhin Gespräche der Verfasserin mit einem uigurischen Turkologen.<sup>10</sup> Darüber hinaus bereicherten diesen Beitrag Email-Korrespondenzen mit den o.g. Xinjiang-Experten Nicolas Becquelin und Justin Jon Rudelson sowie der telefonische Austausch mit Dr. Gudrun Wacker von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

## 2 Zur Diversität uigurischer Identität

### 2.1 Ethnogenese

Die Besonderheit der uigurischen Ethnogenese liegt darin, dass das Ethnonym „Uigure“ zwischen dem 15. Jahrhundert bis zu seiner Wiederaufnahme in den 1930er Jahren völlig außer Gebrauch gekommen ist.<sup>11</sup> Noch bis in die 1930er Jahre hinein benannten sich die turkstämmigen Muslime nach ihren jeweiligen Heimatoasen.<sup>12</sup> Vor seiner vorübergehenden Obsoletheit weist der Begriff „Uigure“ ein wahrlich breites Spektrum an Konnotationen auf: Ursprünglich bezeichnete er das nomadische Turkvolk manichäistischer Glaubens des ersten Uigurenreichs (744-840) in der Mongolei. Nach der kirgisischen Zerstörung dieses Imperiums flohen die Uiguren in mehreren Wellen nach Süden und Westen und besiedelten die Oasen des Tarim- und Turpan-Beckens.<sup>13</sup> Im Turpan-Becken wurde das ehemals nomadische Volk der Uiguren sesshaft und gründete das Königreich von Qoço (850-1250), dessen Zentrum die heutige Stadt Turpan war.<sup>14</sup> Den vorwiegend buddhistischen Alt-Uiguren des Königreichs von Qoço diente damals ihr Ethnonym zur Abgrenzung gegenüber muslimischen Turkvölkern, die im Westen des heutigen Xinjiangs beheimatet waren.<sup>15</sup> Die reichhaltige Kultur des alt-uigurischen Königreichs, die sich in Literatur, Malerei, Musik und Tänzen widerspiegelt, war hoch entwickelt, dominierte im Mittelalter Zentralasien und beeinflusste auch

<sup>7</sup>Der lediglich kursorischen Darstellung ethnogenetischer Prozesse in der Hinführung zur modernen uigurischen Identität in Teil 2 liegt die detaillierte ethnologische Erforschung dieses Themas im Rahmen der Magisterarbeit der Verfasserin zugrunde: „Chinesische Minderheitenpolitik vs. Selbstbehauptungsstrategien der Uiguren Xinjiangs im Spannungsfeld von selbst- und fremdbestimmten Prozessen der Identitätsbildung“ (eingereicht am Institut für Ethnologie in Göttingen im August 2002). Bei der Differenzierung der unterschiedlichen uigurischen Identitäten erwies sich als aufschlussreichste Quelle Justin Jon Rudelsons Dissertation *Oasis Identities: Uyghur Nationalism Along China's Silk Road* (New York: Columbia University Press, 1997). Seine Arbeit über uigurische Oasenidentitäten und uigurische Identitätsmuster, vor allem der pantürkistisch ausgerichteten Schicht uigurischer Intellektueller betrat in vieler Hinsicht wissenschaftliches Neuland und macht seine Feldforschungen in Xinjiang einzigartig. Dies belegt auch die Tatsache, dass sich Xinjiang-Experten wie etwas Daniela Heuer-Vogel und Dru Gladney in ihren gegenwärtigen Beiträgen zu den Uiguren Xinjiangs beständig auf diese und nachfolgende Forschungsergebnisse Rudelsons berufen.

<sup>8</sup>Als wichtige Quellen für den Berichtszeitraum seit dem 11. September 2001 erwiesen sich insbesondere Nicolas Becquelines Aufsätze zur *Strike Hard*-Kampagne und zur Entwicklungsstrategie für Westchina der chinesischen Führung (Becquelin, Nicolas, „Criminalizing Ethnicity: Political Repression in Xinjiang“, in: *China Rights Forum*, No.1, 2004a; Becquelin, Nicolas, „Staged Development in Xinjiang“, in: *China Quarterly*, Nr.178, Special Issue: *China's Campaign to 'Open Up the West': National, Provincial and Local Perspectives*, Juni 2004b, sowie die Aufsätze Dru C. Galdneys, Graham E. Fullers, Justin Rudelsons und Jay Dautchers in dem Sammelband: Starr, Frederick S. (Hrsg.), *Xinjiang: China's Muslim Borderland*, New York: M.E. Sharpe, 2004.

<sup>9</sup>Vgl. etwa Gladney, Dru, „Responses to Chinese Rule. Patterns of Cooperation and Opposition“, in: Starr 2004, a.a.O., S.383 sowie die nachfolgenden Ausführungen zu uigurischen Äußerungen im Internet in diesem Beitrag.

<sup>10</sup>Diesen Kontakt stellte die Verfasserin im Rahmen ihrer Magisterarbeit Anfang 2002 her. Im Laufe der Gespräche mit dem uigurischen Turkologen war u.a. zu erfahren, dass er die Ergebnisse Rudelsons Feldforschung für äußerst sorgfältig recherchiert und zutreffend erachtet.

<sup>11</sup>Vgl. etwa Golden, Peter B., *An Introduction to the History of the Turkic Peoples*, Wiesbaden: Harrassowitz, 1992; Rudelson 1997, a.a.O.; Heuer-Vogel, Daniela, *Die Politisierung ethnischer Identitäten im internationalen Staatensystem. Muslime unter chinesischer Herrschaft*, Frankfurt a.M. et al.: Lang, 2000; Hoppe, Thomas, *Die ethnischen Gruppen Xinjiangs: Kulturunterschiede und interethnische Beziehungen*, Hamburg: Institut für Asienkunde, 1998.

<sup>12</sup>Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S.318.

<sup>13</sup>Das Tarim-Becken, das sich östlich von Kashgar und südwestlich von Ürümqi im südlichen Teil Xinjiangs befindet, ist von dem Tianshan- und dem Kunlun-Gebirge umgeben. In seinem Zentrum liegt die Taklamakan-Wüste, die größte Wüste Chinas.

<sup>14</sup>Vgl. etwa v. Gabain, Annemarie, *Das Leben im uigurischen Königreich von Qoço: 850-1250*, Wiesbaden: Harrassowitz, 1973, S.19.

<sup>15</sup>Rudelson, Justin und William Jankowiak, „Acculturation and Resistance. Xinjiang Identities in Flux“, in: Starr 2004, a.a.O., S.302.

die chinesische Kultur in vielerlei Hinsicht.<sup>16</sup> Ferner soll Kemal Atatürk in der Absicht, eine moderne türkische Identität zu erschaffen, die alt-ugurische Gesellschaft zum Vorbild erhoben haben.<sup>17</sup>

Bevor der Islam im 9. Jahrhundert in das Tarim-Gebiet einzog,<sup>18</sup> war das geistige Leben der Uiguren vor allem vom Buddhismus geprägt. Räumlich und zeitlich begrenzt, bestanden daneben auch Religionsgemeinschaften der Manichäer und der nestorianischen Christen. Begünstigt durch die religionstolerante und kosmopolitische Yuan-Dynastie (1271-1368), übertrug sich der Islam in seiner sunnitischen Form von dort aus auf die gesamte Region des heutigen Xinjiangs. Mit der Islamisierung der Uiguren kam das Ethnonym „Uigure“ allmählich außer Gebrauch. Gleichzeitig gewann in der Identitätszuschreibung dieses muslimischen Turkvolkes die Zugehörigkeit zur jeweiligen Heimatoase an Bedeutung.

Als die Mandschu-Herrscher der Qing-Dynastie (1644-1911) das Gebiet des heutigen Xinjiangs („neues Grenzgebiet“) eroberten, trafen sie neben den vormals uigurischen Oasenidentitäten u.a. auf mongolische, kasachische und kirgisische Bevölkerungsgruppen.<sup>19</sup> Zugehörigkeits- bzw. Abgrenzungskriterien im Verhältnis der islamischen Turkvölker Xinjiangs untereinander hatten sich bis dato aus den jeweiligen Lebens- und Wirtschaftsformen abgeleitet. Hier unterteilte sich die Bevölkerung vorrangig in zwei Gruppen: die sesshaften Bauern und Händler, welche die Oasenstätten bevölkerten, sowie die nomadischen Hirten.

Die genauen Hintergründe der Wiedereinführung des Ethnonyms „Uigure“ sind umstritten.<sup>20</sup> Man geht jedoch davon aus, dass die Bezeichnung bereits seit Mitte der zwanziger Jahre im exilugurischen sowjetischen Kontext gebräuchlich war, bevor sie 1935 unter dem Provinzgouverneur Sheng Shicai auch in Xinjiang offiziell eingeführt wurde.<sup>21</sup> Das hierbei angewandte ethnische Klassifikationssystem zielte primär darauf ab, durch die Einräumung spezifischer Minderheitenrechte die rebellischen muslimischen Massen zu teilen.<sup>22</sup> In den Sowjetrepubliken

Zentralasiens schien dieses divide-et-impera-Prinzip in der Nationalitätenpolitik zu reüssieren. So subsumierte das Ethnonym „Uigure“ seit 1935 die „turkvölkischen Oasenbewohner Xinjiangs islamischen Glaubens“. Mao Zedong übernahm die durch Sheng in Xinjiang eingeführte ethnische Klassifikation und deren namentliche Festlegung. Am 1. Oktober 1955 wurde Xinjiang zur „Autonomen Region der Uiguren“ erklärt, da die Uiguren mit 75,42% (1953) der Gesamtbevölkerung die größte nationale Minderheit in der Region darstellten.<sup>23</sup>

Gerade in Bezug auf die neo-ethnogenetischen Prozesse wird sich herausstellen, dass die „(neu)ugurische Identität“ keinesfalls ein kulturell homogenes Gebilde darstellt. Dementsprechend sollen im Rahmen der nachfolgenden Abschnitte interne und externe Faktoren analysiert werden, die zur Herausbildung uigurischer Subidentitäten geführt haben. Anhand der heutigen Wahrnehmung der hier skizzierten uigurischen Geschichte lässt sich bereits die Polarisierung zweier uigurischer Schichtungen ableiten: Während uigurische Intellektuelle<sup>24</sup> – eine zahlenmäßig zwar kleine, aber politisch aktive uigurische Bevölkerungsschicht – ihre ethnischen Ursprünge auf das vorislamische uigurische Königreich des 8. und 9. Jahrhunderts zurückführen, beginnt für die islamisch ausgerichtete Landbevölkerung die „ugurische Zeitrechnung“ erst mit dem Prozess der Islamisierung. Neben der Gegensätzlichkeit uigurischer Interessensausrichtungen sollen im Folgenden auch die Ursachen erforscht werden, die in der Vergangenheit ein kollektives uigurisches Gemeinschaftsgefühl auf der Grundlage der in den 1930er Jahren konsolidierten ethnischen Identität der Uiguren hervorgerufen haben. Hierbei wird insbesondere das uigurische Widerstandsverhalten nach der Gründung der Volksrepublik China von Interesse sein.

## 2.2 Oasenidentitäten

Interne Distanz und externe Prägung sind die wesentlichen Determinanten in der Herausbildung uigurischer Oasenidentitäten. Durch die elliptische Anordnung der Oasenstädte um die Taklamakan-Wüste und die geringen Geschwindigkeiten der damaligen Beförderungsmittel der Kamel- und Pferdekarawanen war der Transport zwischen den Oasenstädten noch bis ins frühe 20. Jahrhundert mit erheblichem zeitlichen Aufwand verbunden. So betrug der Handelsweg zwischen Kashgar und Ürümqi 25 bis 30 Ta-

vierzehn unterschiedlichen Nationalitäten Xinjiangs beispielsweise durch das Protegieren einer speziell uigurischen Zeitung, die es bis dato noch nicht gegeben hatte (vgl. von Hahn, Patricia, 2002, a.a.O., S.68).

<sup>23</sup>Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S.322.

<sup>24</sup>Die Bezeichnung „Intellektuelle“ umfasst hier staatliche Berufsgruppen wie z.B. Schriftsteller, Künstler, Ärzte, Journalisten, Wirtschaftswissenschaftler, Naturwissenschaftler und Anwälte. Der oben erwähnte uigurische Gesprächspartner unterscheidet zwischen zwei Arten von uigurischen Intellektuellen, und zwar einerseits solche, die in den modernen Wissenschaften zu Hause sind und vor allem im städtischen Bereich respektiert werden, und andererseits Gelehrte, die durch ihre theologischen Kenntnisse primär im dörflichen Bereich Einfluss genießen. *Mullahs*, welche zu den letzteren zählen, waren vor zehn Jahren staatlich unabhängig und standen primär in der Verpflichtung gegenüber dem Dorf oder der Stadt, von dem/der sie gewählt wurden, um „islamische Gesetze zu verbreiten“. Heutzutage werden *mullahs* staatlich unterstützt und sind zur Ausübung ihres Amtes gezwungen, staatliche Kurse zu besuchen.

<sup>16</sup>Eberhard, Wolfram, *Chinas Geschichte*, Bern: Francke, 1948, S.116.

<sup>17</sup>Rudelson 1997, a.a.O., S.31.

<sup>18</sup>Die Araber und turkophonen Karluk konnten die Schlacht von Talas im Jahr 751 für sich entscheiden und die Chinesen weitestgehend aus West-Turkestan verdrängen. Die dadurch ausgelöste karahanidische Herrschaft über das Tarim-Becken bedeutete für die Uiguren die erste direkte Konfrontation mit dem Islam. Vgl. die ausführliche Darstellung zum Islamisierungsprozess der Uiguren in Hoppe 1998, a.a.O., S.65 oder Bräker, Hans, *Die Islamischen Turkvölker Zentralasiens und die sowjetisch-chinesischen Beziehungen*, Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1984, S.7f.

<sup>19</sup>Uiguren selbst führen den Beginn der chinesischen „Besatzung“ Ostturkestans in die Zeit des Qing-Reichs zurück, da die Region bis zu diesem Zeitpunkt weitestgehend autonom von den chinesischen Kaiserreichen geblieben war.

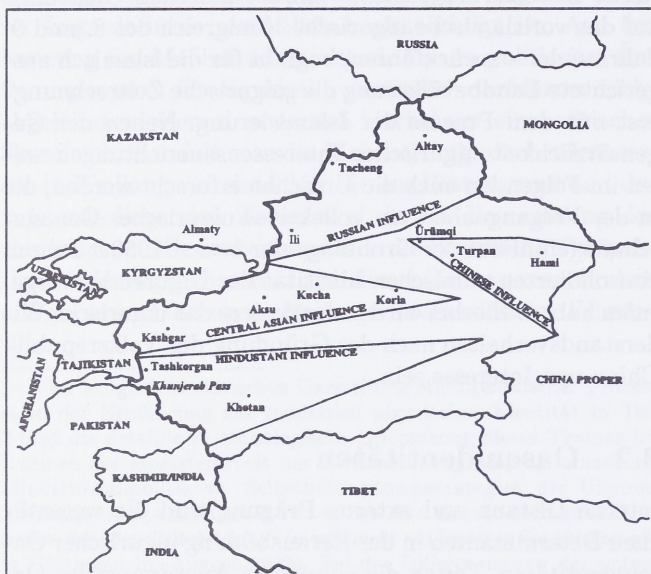
<sup>20</sup>Vgl. Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S.318; Hoppe 1998, a.a.O., S.56; Pritsak, Omeljan, „Das Neuugurische“, in: Dery, J. und Gronbeck, K. et al., *Philologiae Turcicae Fundamenta*, Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, 1959, S.525-541; Benson, Linda, *The Ili-Rebellion: Moslem Challenge to Chinese Authority in Xinjiang, 1944-1949*, Armonk, N.Y.: Sharpe, 1990, S.30.

<sup>21</sup>Sheng Shicai soll sich durch seine pro-sowjetische Minderheitenpolitik in Xinjiang ausgezeichnet und bei der ethnischen Klassifizierung der Bevölkerung Xinjiangs auf die Unterweisungen seines sowjetischen Beraters Garagii Appresoff gestützt haben (vgl. Hoppe 1998, a.a.O., S.56; Rudelson 1997, a.a.O., S.7).

<sup>22</sup>Sheng unterstützte die interethnische Abgrenzung der insgesamt

ge, zwischen Kashgar und Andishan im benachbarten Usbekistan hingegen nur fünf bis sieben Tage. Neben der geographischen Nachbarschaft begünstigten schon immer ethnographische Faktoren die Beziehungen zwischen den muslimischen Turkvölkern Ost- und Westturkestans. Die Usbeken, Kasachen, Tartaren, Kirgisen und Turkmenen teilten mit den Uiguren bzw. deren Oasenidentitäten neben der tschagataischen Literatursprache<sup>25</sup> die turkstämmige Herkunft, die miteinander verwandten Turkdialekte, den gemeinsamen islamischen Glauben sowie gewisse Bräuche und Sitten, die historisch und kulturell bedingt übereinstimmten. In der aus- und inländischen Beeinflussung der Oasenstädte des späteren Xinjiangs lassen sich vier Einflussphären unterscheiden: eine zentralasiatische (Kashgar), eine russische bzw. sowjetische (Ili), eine hinduistische (Khotan, Kerya) und eine chinesische (Turpan, Hami, Ürümqi). Die dadurch ausgehenden unterschiedlichen Akkulturationsprozesse sind heute noch relevant.

### Karte 1: Die geographische Einteilung Xinjiangs in vier Einflussbereiche



Quelle: adaptiert aus Rudelson, Justin Jon, *Oasis Identities: Uyghur Nationalism Along China's Silk Road*, New York: Columbia University Press, 1997, S.41.

Der Ausgangspunkt der islamischen Beeinflussung Kashgars ist in den usbekischen Städten des Fergana-Beckens (Andishan und Kokand) sowie in der Stadt Osch in Kirgisien zu lokalisieren.<sup>26</sup> Diese Stätten hatten sich seit der Islamisierung Turkestans zu einem bedeutenden Zentrum turkvölkischer Herrschaft in Zentralasien entwickelt, in dem der sufistische Islam praktiziert wurde. Khotan befindet sich in der hinduistischen Einflussphäre und stellte durch seine Lage an der Seidenstraße einen wichtigen merkantilen Knotenpunkt dar, der China mit Kashmir

<sup>25</sup>Die Sprachbezeichnung „Tschagataisch“ (Eigenbezeichnung: *Çağatay tili*) geht auf den zweiten Sohn Dschingis Khans, Tschagatai, zurück. Dieser erhielt nach der Eroberung Mittelasiens durch die Mongolen (1219-21) den Raum zwischen Altai und Aralsee – eben jenen Raum, der heute als Turkestan bekannt ist. Das Tschagataische war überwiegend ostturkischer Herkunft und fand seit dem 16. Jahrhundert im gesamten türkischsprachigen Raum Zentralasiens als Literatursprache Verbreitung.

<sup>26</sup>Vgl. etwa Rudelson 1997, a.a.O., S.41.

und Indien verband. Ursprünglich erhielt der Buddhismus über Khotan Einzug in das Tarim-Becken. Nach einer langen Phase der Isolation ist Khotan seit dem frühen 20. Jahrhundert allerdings stark islamisch ausgerichtet, nicht zuletzt, da sich mit Khotan als ehemaliger Hauptstadt der 1933 gegründeten Turkish Islamic Republic of East Turkestan (TIRET) eine der größten islamisch motivierten Rebellionen gegen die chinesische Guomindang-Herrschaft verbindet.<sup>27</sup> Die uigurische Bevölkerung Turpans und Hamis ist aufgrund kontinuierlicher ökonomischer Beziehungen zum chinesischen Kernland am stärksten von der chinesischen Kultur beeinflusst worden. Schon während der Qing-Dynastie wurde in diesen Städten aufgrund der allgemeinen politischen „Verlässlichkeit“ ihrer Bewohner vom Konzept der indirekten Herrschaft durch die Einbindung lokaler muslimischer Honoratioren (*Begs*) in die Verwaltung abgesehen. Heute werfen Kashgarier den Turpan-Uiguren bisweilen eine zu pro-chinesische Haltung vor und vertreten die Einstellung, Turpan-Uiguren seien „weniger uigurisch“ als sie selbst.<sup>28</sup>

Der Bruch Chinas mit der Sowjetunion in den späten 1950er Jahren und die Schließung der Grenzen nach Ostturkestan hatten insofern erhebliche Auswirkungen auf die Oasenidentitäten Xinjiangs, als diese sich zum ersten Mal in der Geschichte in einem Zustand der völligen Isolation befanden. Die gleichzeitige Verbesserung in der Infrastruktur ermöglichte nunmehr einen motorisierten Verkehr zwischen den Oasenstädten, der die Reisezeiten verkürzte – die Distanzen wurden überwindbar. Die erzwungene Innenorientiertheit turkestanischer Identitäten in Folge der chinesischen Außenpolitik und die Allgegenwart des staatlichen Zugriffs auf kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Bereiche schufen ein Unruhe- und Konfliktpotenzial, das sich seit Mitte der 1950er Jahre mancherorts in einem offenen Widerstand gegen den chinesischen Zentralstaat niederschlug. Dass der Zusammenschluss uigurischer Einzelidentitäten im Zuge dessen jedoch lediglich eine Reaktion auf den erhöhten staatlichen Druck darstellte und die Oasenidentitäten in ihrer genuinen Bedeutung und geschichtlichen Außenorientiertheit davon unberührt blieben, zeigte sich beispielsweise nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Im Rahmen der wirtschaftlichen Öffnung Xinjiangs zu den zentralasiatischen Nachfolgestaaten in den 1990er Jahren wurden die historischen Beziehungen uigurischer Oasenidentitäten ins Ausland revitalisiert. Andererseits zeigt die bis heute weit verbreitete Endogamie innerhalb uigurischer Verwandtschaftsgruppen, Dörfer und Oasenterritorien, dass Lokalität in der uigurischen Identität offenbar ein ebenso tief verwurzelt wie anhaltendes Identitätskriterium ist.<sup>29</sup>

### 2.3 Pantürkismus

Die als Fremdherrschaft empfundene Besatzung durch die Mandschu und Han-Chinesen während der Qing-Dynastie führte zur Bewusstwerdung kultureller, religiöser und linguistischer Verwandtschaften zwischen den sesshaften und nomadischen Turkvölkern Xinjiangs. Die tägliche Kon-

<sup>27</sup>Rudelson 1997, a.a.O., S.28.

<sup>28</sup>Rudelson 1997, a.a.O., S.43.

<sup>29</sup>Hoppe 1998, a.a.O., S.140.

frontation mit der staatlichen Politik der „Besatzer“, die nunmehr als gemeinsamer Feind empfunden wurden, evokierte bei diesen Bevölkerungsgruppen einen pantürkistischen Nationalismus. Das aufständische Potenzial der Muslime stellte für die charismatische Führungspersönlichkeit Yakub Beg (1820-1877) einen geeigneten Nährboden für Agitationen dar. Im Jahr 1864 gelang es ihm, die mandschurische Herrschaft in den Westgebieten Ostturkestans zu stürzen und die Unabhängigkeit dieser um Kashgar gelegenen Region für nahezu fünfzehn Jahre weitestgehend zu erhalten. Die Zielsetzung der von ihm getragenen Bewegung bestand in der Schaffung eines unabhängigen Islamstaates unter Zusammenschluss aller islamischen Turkvölker West- und Ostturkestans und knüpfte damit an den *Umma*-Gedanken an.<sup>30</sup>

Während der Zeit der chinesischen Republik (1912-1949) trugen die wirtschaftliche Ausbeutung, das Verbot des Tragens der Nationaltracht, des Schreibens und Sprechens der eigenen Schrift und Sprache sowie die zunehmende Verdrängung durch eine forcierte Han-Ansiedlung dazu bei, dass sich unter den Minderheitenvölkern eine immer größer werdende Gegnerschaft zur Guomindang-Herrschaft herausbildete.<sup>31</sup> Die Han-chauvinistische Nationalitätenpolitik Sun Yatsens und Chiang Kaisheks verstärkte abermals den uigurischen Pantürkismus. 1933 wurde in Khotan die Turkish-Islamic Republic of Eastern Turkestan gegründet (vgl. oben Abschnitt 2.2), jedoch fast unmittelbar nach ihrer Gründung durch einmarschierende sowjetische und chinesische Truppen wieder aufgelöst. Die 1944 bis 1949 bestehende „Republik Ostturkestan“ in der Ili-Region spielt in der uigurischen Unabhängigkeitsgeschichte eine signifikantere Rolle. Den intellektuellen Agitatoren des Ili-Aufstandes gelang dabei eine vollständige Vertreibung der Han-Chinesen aus der Region sowie die kurzzeitige Realisierung eines Staates nach pantürkistischem Vorbild.

Der Aufstand von Kashgar und die Phasen, in denen Ostturkestan zumindest dem Namen nach „autonom“ war, sind vor allem in das Selbstverständnis der intellektuellen, pantürkistisch ausgerichteten uigurischen Bevölkerung eingeflossen und spielen darin heute noch eine entscheidende Rolle. Die Anerkennung der zentralasiatischen Staaten nach dem Zusammenbruch der UdSSR Anfang der 1990er Jahre weckte noch einmal größere Hoffnungen auf die Realisierung eines „unabhängigen Turkestan“.<sup>32</sup>

Die Städte Ili und Ürümqi stellen Zentren pantürkistischer uigurischer Intellektueller dar. Die Uiguren Ilis gelten heute als am stärksten säkularisiert. Es gibt keine islamischen Schulen und Frauen sind nicht verschleiert; stattdessen ist ein westlicher Bekleidungsstil geschlechterübergreifend sehr verbreitet. Die Tatsache, dass der Ili-Dialekt von der Zentralregierung zum Hochuigurischen erklärt wurde (also in uigurischen Schulen, im Fernsehen und Radio unterrichtet bzw. gesprochen wird), und der

<sup>30</sup>Unter dem *Umma*-Begriff wird gemäß Bassam Tibi die „Glaubens- und Weltgemeinschaft aller Muslime“ verstanden (vgl. ders., *Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2000, S.208).

<sup>31</sup>Staiger, Brunhild, *China. Natur-Geschichte-Gesellschaft-Politik-Staat-Wirtschaft-Kultur*, Tübingen: Horst Erdmann Verlag, 1980, S.87.

<sup>32</sup>Gladney, Dru C., „Islam in China: Accommodation or Separatism?“, in: *China Quarterly*, 174, 2003, S.451-467, hier S.457.

hohe Bildungsstand haben zu einem kulturellen Überlegenheitsdenken der Ili-Uiguren gegenüber anderen uigurischen Bevölkerungsschichten beigetragen.

## 2.4 Islam

Ein Großteil uigurischer Intellektueller befürchtet das Erstarken eines islamischen Traditionalismus bei der uigurischen Landbevölkerung, insbesondere seit der Auflösung der Sowjetunion. Das Bekennen zum Islam und die islamische Glaubensausübung sind bei ihnen Bestandteile der ethnischen Identität, drücken aber eher die Ablehnung gegenüber dem atheistischen kommunistischen China aus als eine religiöse Weltanschauung.<sup>33</sup> Der Ethnonationalismus uigurischer Intellektueller konstituiert sich vorrangig über eine türkische bzw. turkestanische Identität und richtet sich gegen traditionalistische und fundamentalistische islamische Tendenzen innerhalb der uigurischen Bevölkerung.

Die bäuerlich-ländlichen uigurischen Oasenidentitäten sind mehrheitlich einem islamischen Traditionalismus verhaftet, der alle Bereiche ihres Lebens durchdringt. „Viele Uiguren wissen gar nicht, ob Islam Tradition oder Religion ist,“ so der oben erwähnte uigurische Turkologe. Die synonyme Verwendung der Begriffe „Uigure“ und „Moslem“ wurde von Rudelson im Rahmen seiner Feldforschung als signifikant für diese Bevölkerungsgruppe festgestellt, allerdings ist die Begrifflichkeit „Uigure“ hier in keiner Weise gekoppelt mit einer türkischen Identität, so wie dies bei der pantürkistischen uigurischen Elite beobachtet wurde.<sup>34</sup> Bei der bäuerlichen uigurischen Gesellschaft spielt die islamische Identität eine signifikante Rolle, die höchstens durch die jeweilige Oasenidentität in ihrer Bedeutung übertroffen werden kann. Wie stark die Empfänglichkeit für radikal islamische Ausprägungen innerhalb der uigurischen Oasengesellschaften ist, hängt erheblich von der Einflussosphäre ab, in der sich die Oasenstadt befindet (vgl. oben Abschnitt 2.2). So lassen sich islamisch fundamentalistische Orientierungen in dem historisch zentralasiatisch geprägten Kashgar, nicht aber in Turpan aufspüren, wo die Uiguren schon immer religiös gemäßigt und der Regierungs- respektive Wirtschaftspolitik<sup>35</sup> der VR China gegenüber allgemein positiv eingestellt waren.

An dieser Stelle muss auf eine weitere, kleine Gruppierung innerhalb der Uiguren verwiesen werden, für die der Islam eine allgemein untergeordnete Rolle spielt. Dabei

<sup>33</sup>Rudelson 1997, a.a.O., S.47.

<sup>34</sup>Rudelson erfuhr in Gesprächen mit Turpaner Bauern, dass diese das Wort „Turk“ häufig ausschließlich mit der Bevölkerung der Türkei in Verbindung brachten; älteren Bauern war überdies die Konnotation des Wortes „Turk“ als „unwissende, unzivilisierte Person“ aus der Zeit des Osmanen-Reichs geläufig (vgl. ders. 1997, a.a.O., S.118).

<sup>35</sup>Die seit Ende der 1980er Jahre verstärkt ausgelöste Siedlung von Han-Chinesen – so genannte *self-drifter* – hat sich in Turpan entscheidend auf die sozioökonomische Lage niedergeschlagen. Als *self-drifter* gelten diejenigen Han-Chinesen, die entgegen der ursprünglichen Besiedlungspolitik nicht durch staatliche Verordnungen, sondern aus eigenem Antrieb bzw. aus eigenem Notstand heraus nach Xinjiang gezogen sind. Im Zuge dessen hat sich ein die sonstigen Strukturen zwischen Han und Uiguren in Xinjiang auf den Kopf stellendes Verhältnis herausgebildet. Darin sind wohlhabende uigurische Bauern Arbeitgeber besagter *self-drifter* und beschäftigten diese in der Reinigung und Wartung der Bewässerungsanlagen (*kariz*) oder im Weinanbau (vgl. Hoppe 1998, a.a.O., S.142).

handelt es sich um uigurische Kaufleute und Händler, die durch ihre Tätigkeiten häufig enge Bindungen zu anderen chinesischen Provinzen haben und sich primär über ihre chinesische Staatsbürgerschaft definieren.<sup>36</sup>

Der uigurische Gesprächspartner fasste gegenüber der Autorin die Bedeutung des Islam bei den Uiguren wie folgt zusammen: Im Wesentlichen teile sich die uigurische Gesellschaft in zwei Einflussbereiche: Der eine stehe unter einem säkularistischen und zum Teil europäischen, der andere unter einem zentralasiatisch-islamischen Einfluss. Die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Einflussphären bestimmt erheblich über den Grad der Religiosität. Darüber hinaus stelle der Islam in der kollektiven uigurischen Identität einen „Schutz“ und eine „Waffe“ zur Verteidigung gegen chinesische Einflüsse dar.

## 2.5 Xinjiang-Politik der VR China versus uigurische Selbstbehauptungsstrategien

Während der Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee in Ürümqi auf keinen großen Widerstand stieß, war die Gegenwehr indigener Bevölkerungsteile in den ländlichen Gebieten Xinjiangs ausgeprägt.<sup>37</sup> In der noch um Zurückhaltung bemühten Islampolitik der unmittelbaren Nachfolgezeit erhielten die Han-chinesischen Kader die Anweisung, den islamischen Glauben ebenso wie die Sitten und Bräuche der muslimischen Bevölkerung Xinjiangs zu respektieren. Im Rahmen der Bodenreform wurde sogar muslimischen Geistlichen Land zugeteilt.<sup>38</sup> Dass jedoch von Anfang an ebenfalls die Absicht der kommunistischen Führung erkennbar war, den Einfluss der Religion in Xinjiang zu entkräften, zeigte sich wiederum durch den gleichzeitigen Ausschluss von *mullahs*<sup>39</sup> aus dem Partei- und Verwaltungsapparat.<sup>40</sup>

Unmittelbar nach Einführung der „Autonomen Region der Uiguren“ (1. Oktober 1955) wurde der uigurische Ruf nach einer nominell selbstständigen, mit China föderierten Republik laut. Die Verfassung der VR China von 1954 schloss das 1922 noch zugestandene Sezessionsrecht<sup>41</sup> allerdings aus, indem sie alle Minderheitsgebiete nationaler Gebietsautonomie zu „untrennbaren Bestandteilen der Volksrepublik China“ erklärte. Festzuhalten bleibt, dass der ethnische Konflikt in Xinjiang seit Beginn des Bestehens der Volksrepublik offenbar eine separatistische Dimension aufweist.

Bereits zu dem Zeitpunkt der Konzession nationaler Gebietsautonomie wurde durch die forcierte Besiedelung

der Region Xinjiang mit Han-Chinesen deutlich, dass das Gebiet untrennbar mit der Volksrepublik verbunden bleiben sollte.<sup>42</sup> Die Diskrepanz zwischen der formalen Zusage „nationaler Gebietsautonomie“ in der Verfassung und den zahlreichen faktischen Übergriffen auf das kulturelle, religiöse, wirtschaftliche und politische Leben der indigenen Bevölkerung Xinjiangs<sup>43</sup> hat seither als Einfallstor uigurischer Autonomieforderungen gedient. Die anhaltende Nichterfüllung der regionalen Gebietsautonomie und die fortschreitende Sinisierung Xinjiangs tragen zu einem wachsenden Ohnmachtsgefühl der Uiguren gegenüber der Staatsführung bei. Gleichzeitig hat die Han-Ansiedlung, die von der intellektuellen ebenso wie von der ländlichen, uigurischen Oasenbevölkerung als „Umzingelung“ ihres Lebensraumes wahrgenommen wird, zur Übernahme der ursprünglich staatlich oktroyierten Identität „Uigure“ als Selbstbezeichnung geführt und eine Annäherung der unterschiedlichen uigurischen Identitätsmuster unter dem Ziel gemeinsamen Widerstands hervorgerufen.

Verordnungen in der Sprach-<sup>44</sup> und Religionspolitik<sup>45</sup> lösten Ende der 1950er Jahre in Khotan und Ili religiös und nationalistisch motivierte Aufstände aus. Angeblich schlossen sich insgesamt ca. 60.000 Aktivisten den bis 1962 immer stärkeren Unruhen in Xinjiang an.<sup>46</sup> Neben den bewaffneten Aufständen und Protesten wurde auch auf der Ebene der Autonomen Region Kritik von Minderheitenangehörigen innerhalb des Parteiapparates laut. Diese sprachen sich gegen die zu hohe Zahl eingesetzter Han-Funktionäre in Xinjiang aus und wurden daraufhin im April 1958 als Rechtsabweichler aus der Partei ausgeschlossen.<sup>47</sup> Für viele der ehemals parteitreuen Minderheitenangehörigen hob sich der Weg der „rechtmäßigen Kritik“ damit auf. Im Zuge der Kollektivierung der nomadischen Viehwirtschaft sollen im Frühjahr 1962 ca. 67.000 Hirten und Bauern, größtenteils Kasachen und Uiguren, mit ihren Viehbeständen in die Sowjetunion (Kasachstan) geflohen sein.<sup>48</sup> Bemerkenswert ist der Facettenreichtum

<sup>42</sup>Die Han-Migration nach Xinjiang führte zu einem Anstieg des Han-Anteils in der Gesamtbevölkerung Xinjiangs von 7% auf 38% allein in den Jahren 1949 bis 1973 (Volkszählung von 1990, zitiert nach Mackerras, Colin, *China's Minorities, Integration and Modernization in the Twentieth Century*, Hongkong: Oxford University Press, 1994, S.238).

<sup>43</sup>Die mit der Besiedelung Xinjiangs einhergehende Errichtung von Staatsfarmen des Produktions- und Aufbaukorps (*bingtuan*) im Jahr 1954 widersprach allen Prinzipien der traditionellen Lebens- und Wirtschaftsformen sowohl der sesshaften wie auch der nomadischen Turkvölker. Ferner bewirkte der Han-Zuzug die Zunahme der Zahl Han-chinesischer Funktionäre (vgl. Rudelson 1997, a.a.O., S.37).

<sup>44</sup>1958 entsandte Beijing einen Entwurf, der die Latinisierung der uigurischen Schrift vorsah und Chinesisch als Unterrichtssprache auch für Minderheiten vorschlug (vgl. McMillan 1979, a.a.O., S.118).

<sup>45</sup>Mit der Begründung, dass sich Religion nicht mit dem Prinzip der Nation vereinen lasse, waren seit Mitte der 1950er Jahre islamische Einrichtungen geschlossen worden und Verbote des Ausübens religiöser Bräuche und religiöser Erziehung verhängt worden. Im Bereich der Bildung sollte von den traditionell religiösen Inhalten zu den „modernen Wissenschaften“ nach sowjetischem Vorbild übergegangen werden (vgl. McMillan 1979, ebd.).

<sup>46</sup>Lee, Fu-Hsiang, *The Turkic Muslim Problem in Sinkiang. A case Study of the Chinese Communists' Nationality Policy*, New Jersey: Rutgers University, 1973, S.334ff.

<sup>47</sup>Weggel, Oskar, *Xinjiang/Sinkiang. Das zentralistische China. Eine Landeskunde*, Hamburg: Institut für Asienkunde, 1984, S.148f.

<sup>48</sup>Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S.325; Weggel 1984, a.a.O., S.35.

<sup>36</sup>Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S.319.

<sup>37</sup>Vgl. etwa Svanberg, Ingvar und Linda K. Benson, „The Kasaks in Xinjiang“, in: dies. (ed.), *The Kasaks of China. Essays on an Ethnic Minority*, Uppsala: Acta Universitatis Upsaliensis, 1988, S.76f.

<sup>38</sup>Vgl. Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S.321; McMillan, Donald H., *Chinese Communist Power and Policy in Xinjiang 1949-77*, Boulder: Westview Press, 1979, S.114f.

<sup>39</sup>Muslimische Gelehrte des sunnitischen Islam in Lehre und Gesetz (*sharia*).

<sup>40</sup>Rudelson 1997, a.a.O., S.45.

<sup>41</sup>Das Manifest des 2. Parteikongresses der KPCh (1922) hatte nach sowjetischem Vorbild in der Minderheitenpolitik den Nationalitäten der Mongolei, Tibets und Turkestans das Recht eingeräumt, sich entweder als autonome Staaten loszulösen oder dem chinesischen Kernland anzuschließen.

uigurischer Reaktionsmuster auf die chinesische Staatspolitik der späten 1950er und frühen 1960er Jahre. Er erstreckte sich von lokalen Erhebungen ethnonationalistischer und islamistischer Akteure über den Versuch einer systemkonformen Kritik bis hin zur Resignation in Form des Massenexodus.

Aufgrund der wohl kompromisslosesten Assimilierungs- und Sinisierungspolitik während der Kulturrevolution sind keine größeren Formen des Widerstandes lokaler Bevölkerungsgruppen feststellbar – allerdings sollen weitere Flüchtlingsbewegungen in die Sowjetunion und die Türkei stattgefunden haben.<sup>49</sup>

Die Reform- und Liberalisierungspolitik Deng Xiaopings wurde von zahlreichen Bewohnern Xinjiangs – unter ihnen auch Uiguren – begrüßt. Ab 1985 soll für uigurische Intellektuelle durchaus die Möglichkeit bestanden haben, sich freier zu äußern.<sup>50</sup> Da sie im Zuge der Dengschen Liberalisierung ein weiteres Erstarren traditionell islamischer Strukturen der uigurischen Landbevölkerung befürchteten, erhofften sie, die 1979 von Deng offiziell zugelassene uigurische Geschichtsschreibung insbesondere als Medium zur Verbreitung pantürkistischer Ideologien zu nutzen. In der Religionspolitik der 1980er Jahre versuchte man im Wesentlichen, dem verfassungsmäßig verankerten Grundsatz der „Glaubensfreiheit“ wieder näher zu kommen, allerdings blieb die Duldung bzw. Erweiterung der Glaubensfreiheit weiterhin dem Grundsatz staatlicher Kontrollierbarkeit untergeordnet.<sup>51</sup> Die dadurch aufkommende Praxis einer selektiven Tolerierung in der Religionspolitik schien bei bestimmten muslimischen Bevölkerungsschichten („regimetreue Geistliche“ ausgeschlossen) die Forderung nach größerer Freiheit und Autonomie zu verstärken.<sup>52</sup> Anti-Han-Demonstrationen in Kashgar (1980 und 1981) sowie Studentendemonstrationen in Ürümqi (1985 und 1989) und in Beijing (1989) spiegelten deutlich die Komplexität der Konfliktpunkte der 1980er Jahre wider.<sup>53</sup> Als äußerst aktive Gruppierung innerhalb des uigurischen Widerstandes in den 1980er Jahren lassen sich die uigurischen Intellektuellen ausmachen.

Die Befürchtungen der Zentralregierung, im Zuge der Auflösung der UdSSR könnten verstärkte Autonomieforderungen nach Xinjiang überschwappen, schienen sich zu bestätigen, als im April 1990 in Baren (südlich von Kashgar) heftige Unruhen ausbrachen.<sup>54</sup> Ursprünglich aus Streitigkeiten um Landrechte und religiöse Restriktionen (das Verbot des Baus von Moscheen und Koranschulen) erwachsen, eskalierte der Streit, weil eine pantürkistisch-islamisch ausgerichtete Untergrundorganisation die dabei entstandene anti-chinesische Stimmung zu nutzen wusste, um auf dieser Plattform einen größeren Aufstand zu organisieren. Dem soll sich die Islamische Partei Ostturkestans angeschlossen haben, die angeblich zum „Heiligen Krieg gegen die Heiden“ und zur Gründung einer „Republik Ostturkestan“ aufrief.<sup>55</sup> Der Aufstand von Baren hat gezeigt, dass das Verbot, Moscheen und Koranschulen zu erbauen, eine umfassende anti-chinesische Bewegung auszulösen vermochte, an der sowohl islamisch-traditionalistisch, islamistisch und pantürkistisch orientierte Uiguren beteiligt waren. 1995 brachen erneut religiös motivierte Proteste in Khotan aus, bei denen Hunderte von Uiguren getötet und noch mehr verhaftet worden sein sollen.<sup>56</sup> Die Verquickung zwischen religiöser Ideologie und politischen Zielen, die in Baren und Khotan zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Uiguren und der chinesischen Polizei geführt hatten, verstärkten die Befürchtung des Zentralstaates, dass sich Gebetsstätten immer mehr zu Hochburgen oppositioneller und separatistischer Kräfte etablieren könnten.<sup>57</sup>

1996 wurde die landesweite Antikriminalitätskampagne, genannt *Yanda (Strike Hard)* ins Leben gerufen, mittels der die chinesische Führung unter dem Deckmantel der Kriminalitätsbekämpfung gegen ethnisch und religiös motivierten Separatismus vorzugehen versuchte. Sie gilt als Auslöser für die wohl größten Unruhen des 5. und 6. Februars 1997 in Ili.<sup>58</sup> Han-chinesische Geschäfte in Ili wurden zerstört, während über hundert uigurische Studenten demonstrierten und dabei die Fahne der Ostturkestanischen Republik schwenkten. Es folgten zehn anti-chinesische Demonstrationen in Ili mit teilweise mehr als 5.000 Teilnehmern.<sup>59</sup> Noch im selben Monat ereigneten sich zwei Bombenanschläge auf Busse in Beijing und Ürümqi, bei denen insgesamt elf Personen getötet und über hundert verletzt wurden.

Die Untersuchung des uigurischen Widerstandes der 1980er und 1990er Jahre legt den Eindruck einer Konfliktverschärfung nahe. Dennoch war, wie die Xinjiang-Expertise vor dem 11. September 2001 vermuten ließ, eine „uigurische Einheitsfront“ gegen den chinesischen Staat nicht zu erwarten.<sup>60</sup> Ulrich Delius, Asienreferent der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ in Göttingen, weist nach dem

<sup>49</sup>Im Jahr 1967 wurde in Istanbul das „Nationale Zentrum für die Befreiung Ostturkestans“ gegründet. Dessen Vorsitzender Isa Yusuf Alptekin beschuldigte Beijing des Verstoßes gegen die Menschlichkeit, des Völkermords und der Vertreibung der Völker Ostturkestans aus religiösen, rassistischen und nationalen Gründen. Geschichtlich betrachtet stellen diese Entwicklungen erste Anzeichen für eine Institutionalisierung ausländischer Unterstützung der Separatismusbewegung in Xinjiang dar (vgl. Tekiner, Süleyman, „Sinkiang and the Sino-Soviet-Conflict“, in: *Bulletin. Institute of the Study of the USSR*, Vol. XIV., No. 8, August 1967, S. 13).

<sup>50</sup>Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S. 329.

<sup>51</sup>Die gesamtchinesische Islamische Gesellschaft wurde im Zuge dessen mit der Aufgabe betraut, die Transmission zwischen Partei und Gläubigen zu begleiten und voranzutreiben. So organisierte die Gesellschaft z.B. Pilgerfahrten nach Mekka und übernahm die Leitung des Institutes für Islamische Theologie (Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S. 329).

<sup>52</sup>Vgl. etwa Rudelson 1997, a.a.O.; Heuer-Vogel 2000, a.a.O.

<sup>53</sup>Im Rahmen der Demonstrationen in Ürümqi forderten die dem intellektuellen Lager entstammenden Aktivisten die Einstellung der chinesischen Atomtests im Lop Nor-Gebiet, das Recht auf wirtschaftliche Selbstbestimmung, demokratische Wahlen und bessere Ausbildungsmöglichkeiten. Zudem drückten sie ihre Ablehnung gegenüber der Zwangsverschickung von Kriminellen nach Xinjiang in die Arbeits- und Umerziehungslager (*Laogais*) sowie die staatliche Geburtenkontrolle aus (vgl. etwa Rudelson 1997, a.a.O., S. 130f.; Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S. 332f.).

<sup>54</sup>Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S. 335.

<sup>55</sup>Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S. 336.

<sup>56</sup>Vgl. Rudelson 2004, a.a.O., S. 317.

<sup>57</sup>Israeli, Raphael, „A New Wave of Muslim Revivalism in Mainland China“, in: *Issues & Studies*, Band 33, Nr. 3, 1997, S. 21-41; Ruesch, Andreas, „Grabesstille im muslimischen Hinterhof Pekings. Erstickte antichinesische Proteste der Uiguren in Xinjiang“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 26.7.1998.

<sup>58</sup>Rudelson 1997, a.a.O., S. 317.

<sup>59</sup>Heuer-Vogel 2000, a.a.O., S. 341.

<sup>60</sup>Vgl. etwa Ruesch 1998, a.a.O.; Heuer-Vogel 2000, a.a.O.; Rudelson 1997, a.a.O.

11. September 2001 darauf hin, dass das mangelnde internationale Interesse und Wissen um die Lage der Uiguren Xinjiangs dazu führe, dass die Uiguren insbesondere im Rahmen der Antikriminalitätskampagnen „in die Gewalt getrieben werden“.<sup>61</sup> Im Folgenden soll näher beleuchtet werden, inwiefern sich die Verschärfung der *Strike Hard*-Kampagne und andere politische Maßnahmen der chinesischen Regierung innerhalb der vergangenen drei Jahre auf die Gewalt- oder aber auch die Akkulturationsbereitschaft der Uiguren in Xinjiang ausgewirkt haben.

### 3 Uigurische Reaktionen auf die Verschärfung von Beijings Xinjiang-Politik nach dem 11. September 2001

#### 3.1 Religionspolitik und *Strike Hard*-Kampagne

Eine der unmittelbarsten innenpolitischen Reaktionen der VR China auf den 11. September 2001 liegt im Bereich der Religionspolitik und äußert sich in Xinjiang primär über die Verschärfung der landesweiten Antiverbrechenskampagne *Strike Hard*, die seit Oktober 2001 eine noch strengere staatliche Kontrolle gegenüber der praktischen Ausübung des Islam in der Region avisiert.<sup>62</sup> Um den islamischen Einfluss in Xinjiang einzudämmen, ist die chinesische Führung einerseits bestrebt, den staatlichen Zugriff auf das religiöse Personal Xinjiangs zu erhöhen, andererseits islamisch-extremistische Strömungen aus dem zentralasiatischen Ausland von chinesischem Territorium fernzuhalten.<sup>63</sup> Folglich sind Imame und Träger geistlicher Ämter intensiven politischen Umschulungen unterzogen worden.<sup>64</sup> Um der „Infiltration“ der jungen muslimischen Generation mit fundamentalistischen Ideologien entgegenzuwirken, wurde Uiguren unter 18 Jahren der Zutritt zu Moscheen verboten und geistlichen Lehrern die religiöse Schulung dieser uigurischen Generation untersagt.<sup>65</sup> Neben gesetzlichen Einschränkungen in der Glaubensausübung sind muslimische Gläubige Xinjiangs häufig im Alltag – insbesondere während des Ramadans – religiösen Diskriminierungen ausgesetzt.<sup>66</sup> So sollen beispielsweise muslimische Arbeitnehmer an ihrer Arbeitsstelle von Han-chinesischen Vorgesetzten dazu gezwungen worden sein, für sie zubereitete Speisen während der Fas-

tenzeit anzunehmen, ansonsten drohe ihnen die Kündigung. Ähnliche Vorfälle werden aus Schulen und Universitäten berichtet.<sup>67</sup> Ferner müssen uigurische KPCh-Mitglieder mit erheblichen Konsequenzen rechnen, wenn sie an öffentlichen Gebeten teilnehmen – Regierungsbeauftragte führen diesbezüglich regelmäßige Kontrollen während der Gottesdienste durch, besonders an Freitagen.<sup>68</sup>

Bei der Verfolgung so genannter „illegaler religiöser Handlungen“<sup>69</sup> sollen in den Städten Süd-Xinjiangs wie Yarkant und Kashgar weitaus rigorosere Maßnahmen ergriffen worden sein als etwa in der Provinzhauptstadt Ürümqi.<sup>70</sup> Insofern werden historisch bedingte Unterschiede in der regionalen Ausprägung des Islam in Xinjiang im Rahmen aktueller parteistaatlicher Kampagnen berücksichtigt.

Vorwiegend bei säkularen<sup>71</sup> uigurischen Familien scheint der Ausschluss der jungen Generation aus dem religiösen Leben einen Prozess religiöser Entwurzelung auszulösen. Die tendenziell Islam-kritische Prägung und die Tatsache, dass sich uigurische Jugendliche bei der öffentlichen Glaubensausübung strafbar machen, führen hier zum Verkümmern islamischen Brauchtums.<sup>72</sup> Der chinesische Säkularismus oder türkische Kemalismus treten bei den säkularen Uiguren immer mehr an die Stelle des Islam. Diese Entwicklung erklärt sich auch vor dem Hintergrund, dass innerhalb dieser uigurischen Bevölkerungsschicht eine Distanzierung zum Islam schon seit längerem zu beobachten ist und die religiösen Restriktionen insofern keine wesentliche Identitätsverletzung darstellen.

Anders reagiert der Großteil der islamisch-traditionalistischen uigurischen Bevölkerung auf die gegenwärtige Religionspolitik. Er setzt sich oftmals über das Verbot religiöser Unterweisungen des uigurischen Nachwuchses hinweg, indem die islamische Erziehung nunmehr im Geheimen stattfindet. Einige couragierte Imame führen zu diesem Zweck angeblich weiterhin private Hausbesuche durch.<sup>73</sup> Uigurische Mitglieder islamistischer Untergrundorganisationen sollen zur Gegenwehr gegen religionsunterdrückende Maßnahmen seitens des chinesischen Staates Unterstützung von ausländischen islamistischen Organisationen erhalten haben, wie beispielsweise von dem Islamic Movement of Uzbekistan oder der Hizb al-Tahrir in Kirgisien.<sup>74</sup> Die Frage, ob die gegenwärtige Religionspolitik bei bestimmten Uiguren eine islamische Radikalisierung nach sich zieht, soll abschließend ausführlicher diskutiert werden.

<sup>61</sup> Mündliche Informationen von Ulrich Delius aus Gesprächen mit demselben im Frühjahr 2002.

<sup>62</sup> Innerhalb der muslimischen Bevölkerung Xinjiangs sind die Uiguren neben den islamischen Kasachen, Kirgisien, Usbeken, Tadschiken und Hui in der numerischen Mehrheit. Ohne hierauf im Folgenden explizit einzugehen, soll an dieser Stelle nichtsdestoweniger erwähnt werden, dass nicht nur Uiguren von den Restriktionen der *Strike Hard*-Kampagne betroffen sind.

<sup>63</sup> Fuller, Graham E. und Jonathan N. Lipman, „Islam in Xinjiang“, in: Starr 2004, a.a.O., S.325.

<sup>64</sup> Yakob, Leyli, „September 11: The Impact in Xinjiang“, in: *China Review Spring*, 2002, S.6.

<sup>65</sup> Fuller 2004, a.a.O., S.324f. und S.335f.; Becquelin 2004a, a.a.O., S.41.

<sup>66</sup> Diese Vorfälle beziehen sich nicht auf das Fasten staatlich anerkannter Geistlicher, sondern auf Schüler, Studenten, Kaderangehörige und Personen im Staatsdienst, die am Einhalten des Ramadans angeblich gehindert werden (vgl. Fuller 2004, a.a.O., S.337).

<sup>67</sup> Yakob 2002, a.a.O., S.6; Fuller 2004, a.a.O., S.338.

<sup>68</sup> Fuller 2004, a.a.O., S.324.

<sup>69</sup> Die Bezeichnung „illegale religiöse Aktivitäten“ entstammt dem so genannten „Dokument No.7“, dem der Antikriminalitätskampagne von 1996 in Xinjiang zugrunde liegenden Schriftstück. Aufgrund weiterhin mangelnder Rechtssicherheit in der VR China unterliegt die Feststellung über das Vorliegen „illegaler religiöser Handlungen“ weitestgehend der staatlichen Willkür (vgl. Dillon, Michael, „Xinjiang and the 'war against terror'“, in: *Xinjiang – China's Muslim Far Northwest*, London: RoutledgeCurzon, 2004, S.156).

<sup>70</sup> Yakob 2002, a.a.O., S.6.

<sup>71</sup> „Säkular“ ist hier im Sinne von „aufgeklärt“ oder „weltanschaulich neutral“ zu verstehen, bedeutet aber nicht eine ablehnende Haltung gegenüber Religion. Vgl. hierzu die Ausführungen zur Bedeutung des Islam bei den uigurischen Intellektuellen in Abschnitt 2.4.

<sup>72</sup> Fuller 2004, a.a.O., S.335f.

<sup>73</sup> Fuller 2004, a.a.O., S.336.

<sup>74</sup> Ebenda.



Die verschärfte *Strike Hard*-Kampagne richtet sich zudem vehement gegen jedwede Form der Verbreitung so genannten „separatistischen Gedankenguts“ – sei es über das Internet, in literarischen Werken, Zeitschriften, Flyern oder bei kulturellen Veranstaltungen. Nicht selten wird bei Verstößen dieser Art eine lebenslange Haft als Strafmaß festgesetzt. Im Rahmen dieser spezifischen Zielsetzung wurden im Juni 2002 in Kashgar Geschichtsbücher wegen ihrer vermeintlich separatistischen Inhalte als „illegale Publikationen“ verbrannt. Einige dieser Historiographien rekurrierten aus dem Fundus der Publikationen der 1980er Jahre, in denen häufig pantürkistisches Gedankengut verbreitet wurde (vgl. oben Abschnitt 2.5).<sup>75</sup>

Wie dem Jahresbericht 2004 von Amnesty International zu entnehmen ist, sollen auch in diesem Jahr im Namen eines pauschalen Kampfes gegen „Terrorismus, religiösen Extremismus und ethnischen Separatismus“ tausende Uiguren Xinjiangs verhaftet worden sein; innerhalb der letzten drei Jahre wurden danach insgesamt bis zu zehntausend Inhaftierungen von Uiguren vorgenommen, womit die Anzahl der Uiguren in Haft nach dem 11. September 2001 rasant angestiegen ist.<sup>76</sup> Eine Ende 2001 verabschiedete Anti-Terror-Gesetzgebung hat ferner die Anwendung der Todesstrafe auf der Grundlage eines sehr weit gefassten „Terrorismus“-Begriffes weiter erleichtert.<sup>77</sup> Im Dezember 2003 veröffentlichte das Ministerium für Öffentliche Sicherheit der VR China eine Liste, die neben der Ostturkestanischen Bewegung (ETIM), die seit Oktober 2002 von den USA als terroristische Vereinigung „anerkannt“ wird (vgl. oben Abschnitt 1), drei weitere uigurische Organisationen sowie elf uigurische Einzelpersonen als terroristische Gefahr betitelte.<sup>78</sup> In diesem Jahr hat die chinesische Führung bereits fünfzig Muslime Xinjiangs als Terroristen zum Tode verurteilt.<sup>79</sup> Zwischen dem 30. Juni und 19. Juli 2004 wurden in Xinjiang vier Uiguren exekutiert. Die Gerichtsverhandlungen der Opfer, denen „separatistische Handlungen“ vorgeworfen wurden, fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.<sup>80</sup>

Was die Zeit unmittelbar nach Verschärfung der *Strike Hard*-Kampagne betrifft, liegen keine Berichte über größere separatistische Vorfälle in Xinjiang vor.<sup>81</sup> Vor dem 11. September 2001 musste man die Authentizität dies-

bezüglicher Berichterstattungen noch in Relation stellen zu der politischen Praxis, Informationen über ethnisch-religiös bedingte Erhebungen in der Region nach Möglichkeit unter Verschluss zu halten, um das Bild staatlicher Souveränität und Kontrolle nicht zu trüben. Mit Blick auf die gegenwärtige Offenlegung tatsächlicher oder angeblicher separatistischer Bewegungen, die offensichtlich dem Ziel einer internationalen Legitimierung der staatlichen Repressionspolitik folgt, stellt sich hingegen die Frage, ob das Ausbleiben größerer Erhebungen als „Ruhe vor dem Sturm“, als Anzeichen wachsender uigurischer Konformität oder gar als Resignation zu deuten ist. Um im Folgenden – entsprechend der ethnogenetischen Darstellung dieses Beitrags – eine differenzierte Sichtweise auf die Uiguren beizubehalten, soll bei der Analyse der uigurischen Rezeption(en) gegenwärtiger chinesischer Politik weiterhin die uigurische Identitäts- und Interessensvielfalt berücksichtigt werden.

### 3.2 Sprachpolitik

Die Sprachpolitik des 21. Jahrhunderts in Xinjiang ist im Wesentlichen bestrebt, die moderne Ausbildung immer stärker auf das Mandarin-Chinesische auszurichten und die indigenen Sprachen allmählich aus dem Schulunterricht zu verdrängen.<sup>82</sup> Zu diesem Zweck wurde etwa im März 2002 beschlossen, Mandarin-Chinesisch ab der dritten Klasse der Grundschule zu unterrichten und alle Kurse an der Xinjiang University und anderen Institutionen des höheren Bildungsweges auf Chinesisch abzuhalten. Nicht wenige Uiguren sehen darin eine Beschneidung ihrer kulturellen und sprachlichen Identität und bangen bei schwindenden muttersprachlichen Kenntnissen um den Erhalt eines religiösen (Traditions-)Bewusstseins. Die Sorge um eine derartige Dekulturation besteht vor allem bei denjenigen Uiguren, die ausschließlich im Han-Chinesischen ausgebildet werden.<sup>83</sup> In der Hoffnung, diesem Prozess teilweise entgegenzuwirken und Aspekte des „Uigureseins“ in der nachfolgenden Generation zu konservieren, entscheiden sich einige uigurische Elternpaare für eine uigurischsprachige Schullaufbahn ihrer Tochter und eine Han-chinesische Ausbildung ihres Sohnes.<sup>84</sup> Dahinter steht die Idealvorstellung einer heranwachsenden uigurischen Generation, in der die Frau über das kulturelle Wissen verfügt und uigurische Traditionen an ihre Kinder weiterreicht, während der Mann durch Mandarin-Kenntnisse in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht wettbewerbsfähig ist.<sup>85</sup> Insbesondere bei einer geringen Anzahl säkularer Uiguren in Ürümqi lässt sich mittlerweile die völlige sprachliche Entfremdung von der ursprünglichen Muttersprache feststellen. Oftmals stehen diese ausschließlich Chinesisch sprechenden Uiguren in engerem sozialen und beruflichen Umfeld mit Han-Chinesen.<sup>86</sup>

Es hat sich gezeigt, dass urbane, säkulare Uiguren eine größere Akkulturationsbereitschaft in religiöser und

<sup>75</sup>Becquelin 2004a, a.a.O., S.44.

<sup>76</sup>Smith, Bill, „Fear and Loathing split Xinjiang's would-be Las Vegas“, in: *China Review*, Spring 2002, S.1; Amnesty International, „Annual Report Entries 2004“, in: [www.amnestyusa.org](http://www.amnestyusa.org), Aufruf am 15.8.2004.

<sup>77</sup>Vgl. Holbig, Heike, „Anti-Terror-Gesetzgebung verabschiedet“, in: C.a., 2001/12, Ü 10.

<sup>78</sup>Vgl. Holbig, Heike, „Ministerium für öffentliche Sicherheit veröffentlicht Liste 'terroristischer Gruppierungen'“, in: C.a., 2003/12, Ü 11. Die Feststellung über die „terroristischen Hintergründe“ dieser Organisationen bzw. von Einzelpersonen erfolgte über den angeblichen Nachweis von Ambitionen, Xinjiang vom chinesischen Kernland loszulösen und einen islamischen Staat zu gründen.

<sup>79</sup>„Todesurteile“, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr.213, 14.9.2004, S.6.

<sup>80</sup>Amnesty International, „China: Execution of Uighurs brings total to four in three weeks“, 13.8.2004, [www.web.amnesty.org](http://www.web.amnesty.org).

<sup>81</sup>Gemäß eines Berichts der Xinjianger Sicherheitsbehörden vom Juli 2002 konnten nach den Konflikteskalationen der späten 1990er Jahre nur drei verhältnismäßig unbedeutende Vorfälle in Xinjiang nachgewiesen werden (vgl. Gladney 2004, a.a.O., S.382). Der Vorsitzende der „Autonomen Region der Uiguren“ soll im März 2002 geäußert haben, dass sich in den letzten fünf Jahren keine terroristischen Vorfälle ereignet hätten, welche die öffentliche Sicherheit hätten gefährden können (vgl. Becquelin 2004a, a.a.O., S.43).

<sup>82</sup>Vgl. Becquelin 2004b, S.370.

<sup>83</sup>Fuller 2004, a.a.O., S.334.

<sup>84</sup>Bislang treffen die Uiguren die Entscheidung über die schulische Laufbahn ihrer Kinder noch selbst (vgl. Rudelson 2004, a.a.O., S.313; Fuller 2004, a.a.O., S.334f.).

<sup>85</sup>Rudelson 2004, a.a.O., S.312f.

<sup>86</sup>Rudelson 2004, a.a.O., S.313.

sprachlicher Hinsicht vorweisen als Uiguren aus dem bauerlichen, ländlichen Milieu. Diese fortschreitende Polarisierung innerhalb der uigurischen Bevölkerung erklärt sich größtenteils aus der uigurischen Ethnogenese. Allerdings wäre es falsch, die Triebfeder uigurischer Akkulturationsbereitschaft ausschließlich aus den historisch gewachsenen, unterschiedlichen uigurischen Identitätskonzepten abzuleiten. Für zusehends mehr Uiguren stellt sich nämlich die existenzielle Frage, was sie zu tun gezwungen sind, um ihr wirtschaftliches Dasein innerhalb einer zunehmend Han-chinesisch dominierten Gesellschaft zu sichern.

### 3.3 Wirtschaftspolitik

Die 1999 ins Leben gerufene Kampagne zur Entwicklung Westchinas (*Xibu da kaifa*) versucht in Xinjiang, u.a. über die Industrialisierung und stärkere ökonomische Einbindung des ressourcenreichen Standortes in die chinesische Wirtschaft das „Separatismusproblem“ in dieser Region in den Griff zu bekommen.<sup>87</sup> Obgleich zeitlich und inhaltlich kein Kausalzusammenhang zwischen dem 11. September 2001 und dieser Kampagne gegeben ist, lassen sich Parallelen in der Programmatik der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik zu der allgemeinen Verschärfung der Xinjiang-Politik nach dem 11. September 2001 nicht leugnen. Die Absicht Beijings, über die Wirtschaftsentwicklung Xinjiangs die Nationalitätenfrage in der Region zu lösen, besteht schon seit der Gründung der Volksrepublik China. Neu allerdings ist die Offenheit, mit der die chinesische Regierung die Strategien auf dem Weg zur Zielerreichung umreißt: Mit der Einläutung der „Konsolidierungsphase“ bei der „Erschließung des Westens“ scheinen seit Beginn des 21. Jahrhunderts die Absichten hinter der Zuwanderungspolitik keiner weiteren Verschleierung zu bedürfen.<sup>88</sup> Mit einer neuerlichen Forcierung der Han-Migration<sup>89</sup> soll nunmehr, wie der Vorsitzende der staatlichen Kommission für Nationalitätenangelegenheiten, Li Dezhu, im Juni 2000 im offiziellen Parteiorgan *Seeking Truth (Qiushi)* formulierte, die vollständige „Homogenisierung“ (*ningjuhua*) der indigenen Bevölkerung erreicht werden. Dabei wird sogar die Möglichkeit weiterer Gewalteskalationen zwischen

Han-Chinesen und muslimischen Bewohnern Xinjiangs in Kauf genommen.<sup>90</sup>

Einmal mehr setzt die chinesische Regierung bei diesem Vorhaben ihre Erwartungen auf das „Xinjiang Produktions- und Aufbaukorps“ (*Xinjiang shengchan jianshe bingtuan*).<sup>91</sup> Diese militärisch strukturierte Einheit dient seit ihrer Gründung (1954) als wichtiges Instrument zur Vertretung der demographischen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen Beijings in Xinjiang und ist dem chinesischen Verteidigungsministerium direkt unterstellt. In seiner zentralen Aufgabe der Erschließung und Bebauung von Ackerland in Xinjiang hat das Korps wesentlich dazu beigetragen, dass traditionelle uigurische Landwirtschaftsbetriebe im Laufe der Jahrzehnte immer mehr zum Erliegen gekommen sind.<sup>92</sup> Für viele Uiguren bedeutet dies nicht nur den Verlust wirtschaftlicher Autarkie, sondern eine weitere Identitätsbescheidung, da die traditionelle uigurische Agrar- und Gartenbewirtschaftung als ein „kulturelles Erbe“ aus der Zeit des Königreichs von Qoço betrachtet wird. Noch heute versuchen uigurische Bauern, an dem nicht nur historisch bedeutsamen, sondern auch äußerst effizienten System unterirdischer Bewässerungskanäle entlang des Tarim-Beckens festzuhalten.<sup>93</sup>

Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass die Wirtschaftsreformen des vergangenen Jahrzehnts den Lebensstandard der Lokalbevölkerung Xinjiangs nicht entscheidend zu heben vermochten, steuert die Kampagne zur Entwicklung Westchinas neben der Optimierung wirtschaftlicher Faktoren nunmehr vor allem die Umsetzung sprachlicher Reformen an (vgl. oben Abschnitt 3.2). Auf diesem Wege soll die berufliche Chancengleichheit der Bürger Xinjiangs hergestellt und gleichzeitig die vollständige Akkulturation der autochthonen Bevölkerung Xinjiangs erreicht werden. Fraglich bleibt allerdings, ob die wachsenden sprachlichen Qualifikationen einiger Uiguren Han-chauvinistische Vorurteile gegenüber uigurischen Arbeitskräften auszuräumen vermögen. Solange Han-Chinesen die Ämter bekleiden, in denen die Entscheidungen über Berufseinstellungen getroffen werden, scheint die Bevorzugung von Han-Chinesen gegenüber Uiguren auf dem Arbeitsmarkt vorerst ungebrochen. Darüber hinaus sind bestimmte Ämter im Staatsdienst praktizierenden Moslems von vornherein gar nicht zugänglich: Beispielsweise

<sup>87</sup>Gladney, Dru C., „Ethnic Identity in China: The New Politics of Difference“, in: Joseph, William A. (ed.), *China Briefing 1994*, Boulder/CO 1994, S.184; Holbig, Heike, „Bestätigung Zhu Rongjis als Leiter einer neuen Führungsgruppe zum 'Aufbau West'“, in: C.a., 1999/11, Ü 11; Holbig, Heike, „The Emergence of the Campaign to Open Up the West: Ideological formation, central decision-making, and the role of the provinces“, in: *China Quarterly*, Special Issue, Juni 2004, S.335-357.

<sup>88</sup>In den 1990er Jahren hatte die öffentliche Wahrung des Konzeptes eines „multiethnischen chinesischen Staates“ und der „autonomen Selbstverwaltung“ der nationalen Minderheiten einer öffentlichen Bekanntgabe derartiger „Sinisierungsabsichten“ entgegengewirkt (vgl. zum hier angesprochenen Paradigmenwechsel in der Xinjiang-Politik Becquelin 2004b, a.a.O., S.358ff.).

<sup>89</sup>Die Han-Besiedelung Xinjiangs hat dazu geführt, dass der Bevölkerungsanteil an Han-Chinesen von 6% im Jahr 1949 auf 40% der Gesamtbevölkerung (ca. 18 Millionen Menschen insgesamt) im Jahr 2000 angewachsen ist. Der Uigurenanteil ist im selben Zeitraum umgekehrt proportional dazu von ursprünglich 90% im Jahr 1949 auf 45% bis 50% geschrumpft (vgl. Chung 2002, a.a.O., S.12; Cloud, David und Ian Johnson, „Friend or Foe in Post-9/11 World, Chinese Dissidents pose U.S. Dilemma“, in: *World Street Journal*, 3.8.2004).

<sup>90</sup>Becquelin 2004b, a.a.O., S.373f.

<sup>91</sup>So hob unlängst der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao bei seinem Besuch in Ürümqi im September 2004 noch einmal die Wichtigkeit des Korps in seiner traditionellen Funktion als Schutz gegen ethnische Unruhen in Xinjiang durch den wirtschaftlichen Aufbau Xinjiangs hervor (vgl. „Chinese PM urges strengthening of ethnic unity, stability in Xinjiang“, in: Xinhua news agency, Beijing, 27.9.2004).

<sup>92</sup>Im Wesentlichen hat die Wasserverschmutzung seitens der Staatsfarmen des Produktions- und Aufbaukorps die allmähliche „Trockenlegung“ indigener Bewirtschaftungsformen nach sich gezogen. Vgl. „Bingtuan: Xinjiang Production and Construction Corps“, in: [www.uyghuramerican.org](http://www.uyghuramerican.org), Aufruf am 17.7.2004.

<sup>93</sup>Diese Bewirtschaftungsform, die auf komplexe Kanalsysteme angewiesen war, wurde von einer Form der Speicherbewässerung mit Hilfe des sommerlichen Hochwassers abgelöst, die eine einfache, ältere Schicht des Wanderfeldbaus repräsentiert und heute noch längs des Tarim-Beckens von uigurischen Gruppen gepflegt wird. Vgl. Hoppe 1998, a.a.O., S.68; Zieme, Peter, *Religion und Gesellschaft im Uigurischen Königreich von Qoço. Kolophon und Stifter des alttürkischen buddhistischen Schrifttums aus Zentralasien*, Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH, 1992, S.9.

sind in Kashgar bestimmte Stellen im öffentlichen Dienst ausschließlich für Mitglieder des Produktions- und Aufbaukorps reserviert.<sup>94</sup>

Die hohe Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit der Uiguren im ländlichen Milieu (die niedrigsten Wirtschaftswachstumsraten innerhalb Xinjiangs lassen sich in dem zu 75% uigurisch bevölkerten Tarim-Becken nachweisen)<sup>95</sup> hat eine Landflucht bzw. Urbanisierung ausgelöst. Da die uigurische Landbevölkerung große Probleme hat, in der Stadt eine Anstellung zu finden, bildet sich gegenwärtig in den Vororten größerer Städte eine wachsende Unterschicht heraus.<sup>96</sup> Gerade bei der jungen urbanen uigurischen Bevölkerung führt die Arbeitslosigkeit zu steigenden Kriminalitätsraten und Drogenmissbrauch.<sup>97</sup>

Festzuhalten bleibt, dass die jüngste parteistaatliche Kampagne ihre ursprünglich avisierten Ziele einstweilen noch nicht erreicht hat und die wachsenden ökonomischen Disparitäten zwischen den Han-Chinesen und den Uiguren Xinjiangs bislang nicht aufzuhalten vermag. Die soziale Ungleichheit lässt sich anhand der bei weitem höheren Pro-Kopf-Einkommenswerte in den mehrheitlich von Han-Chinesen bewohnten Regionen im Vergleich zu den überwiegend von Uiguren bevölkerten Lebensräumen ablesen.<sup>98</sup> Aber auch innerhalb der uigurischen Bevölkerung tragen sozioökonomische Faktoren zu einer fortschreitenden gesellschaftlichen Teilung bei. Vorwiegend diejenigen elitären urbanen uigurischen Bevölkerungsschichten, die eine höhere Ausbildung genossen haben und des Han-Chinesischen mächtig sind, scheinen von dem Wirtschaftsaufschwung Xinjiangs bisweilen zu profitieren. Einige Uiguren, die in den Partei- oder Militärapparat eingegliedert sind, vertreten sogar öffentlich die Meinung, dass der Han-Zuzug insofern seine Berechtigung habe, als die Uiguren ihrerseits zu arm und mit zu wenig Know-how ausgestattet seien, um die wirtschaftliche Entwicklung eigenständig voranzutreiben.<sup>99</sup> Die hingegen vorwiegend mittello- sen uigurischen Haushalte betrachten diese Stimmen in den eigenen Reihen oftmals als verräterisch und erkennen in der staatlichen Entwicklungskampagne v.a. eine Strategie der ökonomischen Ausbeutung, deren Opfer sie sind. Gleichzeitig befinden sie sich in einem Teufelskreis, die Voraussetzung für einen sozialen Aufstieges nicht zu erfüllen, wenn sie die Ausbildung ihrer Kinder nicht finanzieren können.<sup>100</sup> Es bleibt zu konstatieren, dass die Neuerungen im Bereich der Wirtschafts- und Sprachpolitik vielerorts noch nicht positiv greifen. Darüber hinaus stellt sich die generelle Frage, ob wachsender Wohlstand

überhaupt ein Garant für Staatsloyalität ist, so wie es dem chinesischen Zentralstaat bei der „Separatismusbekämpfung“ in Xinjiang vorschwebt, oder ob ökonomische Macht nicht vielmehr ebenso die Koordination und Organisation anti-chinesischer Bewegungen unter den Uiguren erleichtern könnte.

### 3.4 Gesundheitspolitik

Einige Xinjiang-Experten<sup>101</sup> heben hervor, dass die gegenwärtig wohl größte Bedrohung für die Uiguren Xinjiangs in der rasanten Verbreitung des HI-Virus und der daraus resultierenden hohen Rate an AIDS-Erkrankungen innerhalb der uigurischen Bevölkerung liege. Die Hintergründe dieser Problematik spiegeln die gesamte Bandbreite soziokultureller und wirtschaftlicher Diskriminierungen wider, der Uiguren in der von Han-Chinesen dominierten Gesellschaft Xinjiangs ausgesetzt sind. Rudelson, der sich bislang vermutlich am detailliertesten mit diesem aktuellen Thema beschäftigt hat, stellt einen direkten Zusammenhang zwischen dem Anstieg der HIV/AIDS-Quoten einerseits und der in den letzten Jahrzehnten steigenden Heroinabhängigkeit der Uiguren andererseits her.<sup>102</sup> Dadurch, dass die verschärfte Antikriminalitätskampagne zu einem Rückgang des Heroinschmuggels zwischen Myanmar und Xinjiang und damit zu sinkenden Beständen geführt habe, seien die heroinabhängigen Uiguren seither zur Erreichung eines höheren Wirkungsgrades gezwungen, Heroin zu injizieren anstatt es wie zuvor zu rauchen.<sup>103</sup> Die rapide Streuung des Virus wiederum resultiere aus dem Umstand, dass es (gemäß dem Wissensstand von September 2003) in Xinjiang weder Methadonkliniken noch Programme für die Bereitstellung ungenutzter Spritzen für Drogenabhängige gibt. Indessen nutzten viele Heroinabhängige gemeinsame Spritzen und infizierten sich auf diesem riskanten Wege mit dem HI-Virus.<sup>104</sup> Das China Center for Disease Control führte 2003 in Ili eine Studie durch, aus der hervorging, dass mittlerweile ca. 85% der uigurischen Heroinabhängigen Iliis, die sich Heroin intravenös zuführen, HIV-positiv seien.<sup>105</sup> Aus Untersuchungen des Xinjiang Urumchi Compulsory Drug Detoxification Institute des Jahres 1998<sup>106</sup> geht hervor, dass Drogenabhängige Xinjiangs in der Regel männlich, unter 30-jährig, oftmals arbeitslos und ungebildet sind.<sup>107</sup> Die ethnische Zugehörigkeit der untersuchten Gruppe wurde im Rahmen dieser Analyse unberücksichtigt gelassen. Rudelson, der sich derzeit mit einer umfassenderen Analyse der AIDS- und Heroin-Problematik in Xinjiang befasst, betont, dass die Uiguren von allen nationalen Minderheiten

<sup>94</sup> Fuller 2004, a.a.O., S.325.

<sup>95</sup> Castets 2003, a.a.O., S.35.

<sup>96</sup> Becquelin 2004b, a.a.O., S.372.

<sup>97</sup> Castets 2003, a.a.O., S.36.

<sup>98</sup> Besonders deutlich ablesbar ist die wirtschaftliche Diskrepanz zwischen dem zu 77,9% von Han-Chinesen bevölkerten Karamay, dessen Pro-Kopf-BIP im Jahr 2002 43.926 RMB Yuan betrug, und dem zu 96,7% von Uiguren bewohnten Khotan, dessen Pro-Kopf-BIP im selben Jahr nur 1.843 RMB Yuan ausmachte (vgl. Castets 2003, S.40).

<sup>99</sup> Bachmann, David, „Making Xinjiang safe for the Han“, in: Rosabi, Morris, *Governing China's Multiethnic Frontiers*, Seattle: University of Washington Press, S.181.

<sup>100</sup> Dieser Missstand verschärft sich durch die gegenwärtigen Einsparungen des Staates im Bildungswesen, wodurch Stipendien gestrichen und Studiengebühren erhoben werden (vgl. Castets 2003, a.a.O., S.35f.).

<sup>101</sup> Vgl. etwa Dautcher, Jay, „Public Health and Social Pathologies in Xinjiang“, in: Starr 2004, a.a.O.; Rudelson 2004, a.a.O.

<sup>102</sup> Rudelson 2004, a.a.O., S.318.; vgl. auch zur AIDS-Problematik allgemein Brunhild Staiger, „Kampf gegen AIDS“, in: C.a., 2003/11, Ü 16.

<sup>103</sup> Rudelson 2004, a.a.O., S.318.

<sup>104</sup> Rudelson 2004, ebd.

<sup>105</sup> Zitiert nach Rudelson 2004, ebd.

<sup>106</sup> Diese Daten ergaben sich aus der Untersuchung 1.281 Drogenabhängiger, die sich 1998 einem Drogenentzug an demselben Institut unterzogen.

<sup>107</sup> Dautcher 2004, a.a.O., S.293.

Chinas mittlerweile die höchste HIV/AIDS-Rate aufweisen.<sup>108</sup>

Die Privatisierung des Gesundheitswesens innerhalb der letzten zehn Jahre hat den Uiguren den Zugang zu medizinischer Versorgung zusätzlich erschwert.<sup>109</sup> Separate Kliniken für nationale Minderheiten lassen oftmals das Niveau renommierterer Krankenhäuser vermissen, deren Dienste Han-Chinesen nutzen und deren Gebühren für Uiguren häufig unbezahlbar sind.<sup>110</sup> Aufgrund der äußerst mangelhaften präventiven Gesundheitsfürsorge fehlen zudem staatliche Hilfsprogramme, um Alkoholismus, Drogenkonsum und AIDS aufzufangen.

Die stärkere Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen sind primäre Anliegen bei den heutzutage von Uiguren vorgebrachten Forderungen an den chinesischen Staat.<sup>111</sup> Es scheint, dass einige Uiguren zum einen durch Erfahrungen der Vergangenheit, zum anderen aufgrund der wachsenden staatlichen Überwachung jeder potenziellen Nische für separatistische Äußerungen zu der Auffassung geraten, dass eine „staatskonforme“ Kritik effektiver und ungefährlicher ist als die Artikulation staatsfeindlicher Positionen.<sup>112</sup> Mit der Forderung nach einer Verbesserung des Gesundheitswesens bzw. nach gleichberechtigtem Zugang versuchen sich Uiguren nicht nur beim chinesischen Staat Gehör zu verschaffen, sondern auch bei internationalen Gesundheitsorganisationen wie der World Health Organization oder der UN Educational, Scientific, and Cultural Organization. Angesichts der eklatanten Lage, die durch die wachsende AIDS-Problematik entstanden ist, sind bereits internationale Hilfsorganisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“ und andere Nichtregierungsorganisationen auf die Nöte der Uiguren aufmerksam geworden und haben Hilfsprogramme für Xinjiang entwickelt. Ausländische Projekte können allerdings nicht die Bedürfnisse der Xinjianger Bevölkerung decken, solange sich die chinesische Führung der Legalisierung ausländischer Aktivitäten in den Weg stellt.<sup>113</sup> Gleichwohl müsste die rasche Einführung präventiver Maßnahmen gegen die Virusverbreitung auch im Interesse des chinesischen Staates sein, nicht nur wegen der Infektionsgefahr für Han-chinesische Migranten, sondern auch wegen der möglichen Gefahr, dass HIV-infizierte Uiguren durch ihre aussichtslose Lage möglicherweise eine höhere Bereitschaft zeigen, bei der Durchsetzung ihrer Forderungen an den chinesischen Staat gewalttätige Maßnahmen zu ergreifen.<sup>114</sup>

### 3.5 Außenpolitik

Die pauschale Kriminalisierung der muslimischen Bevölkerung im Rahmen der *Strike Hard*-Kampagne verbindet

<sup>108</sup>Informationen aus der Email-Korrespondenz mit Prof. Justin Rudelson vom 13.7.2004 und 20.7.2004.

<sup>109</sup>Dautcher 2004, a.a.O., S.278.

<sup>110</sup>Medizinisch unzureichend oder nicht ausgebildetes Personal und sprachliche Probleme gehören u.a. zu den Defiziten, die die Kliniken für Angehörige nationaler Minderheiten aufweisen (vgl. Dautcher 2004, a.a.O., S.278f.).

<sup>111</sup>Dautcher 2004, a.a.O., S.293f.

<sup>112</sup>Dautcher 2004, a.a.O., S.294; Gladney 2004, a.a.O., S.383.

<sup>113</sup>Dautcher 2004, ebd.

<sup>114</sup>Rudelson, Justin, „Xinjiang's Uyghurs in the ensuing US-China Partnership“, in: *Congressional-Executive Commission on China, Uyghur Panel*, 10.6.2002.

sich seit dem 11. September 2001 mit dem öffentlichen Eingeständnis eines „Uigurenproblems“ seitens der chinesischen Regierung und einer parteistaatlichen Diktion, die uigurische Freiheitskämpfer mit dem Stigma internationaler Terroristen behaftet.<sup>115</sup> Die US-amerikanische Entscheidung im Oktober 2002, die ETIM als internationale terroristische Vereinigung einzustufen, war vornehmlich für Exiluguren und insbesondere für diejenigen, die in den USA ein Refugium sehen, ein harter Rückschlag.<sup>116</sup> Doch nicht nur für Exiluguren schürt sich durch die nebulöse Beweisführung der USA bei diesem Vorgang der Verdacht, dass es sich hier lediglich um eine konziliante Geste der USA an die VR China als Koalitionspartner in dem Antiterrorbündnis handle<sup>117</sup> – eine Geste, die allerdings als weitere Legitimation in der Verfolgung uigurischer Freiheitskämpfer als Terroristen durch die chinesische Führung missbraucht werden kann.

In einem Interview mit dem *Wall Street Journal* konzedierte Herr Kariaji, der stellvertretende Vorsitzende der ETIM, im August 2004, dass vor der US-Invasion in Afghanistan tatsächlich Verbindungen der Organisation zu Osama bin Laden bestanden hätten, dass der Kontakt zwischen der Al-Qaida und seiner Organisation allerdings zu keinem Zeitpunkt so eng gewesen sei, wie die USA und China es im Rahmen der vermeintlichen Enthüllung terroristischer Hintergründe der ETIM behauptet hätten.<sup>118</sup> Unklar bleibt bislang das Schicksal der uigurischen ETIM-Mitglieder, die 2001 und 2002 an der afghanisch-pakistanischen Grenze festgenommen wurden und sich seither auf Kuba (Guantanamo-Bucht) in US-Gefangenschaft befinden. Das *Wall Street Journal* berichtete ferner im August 2004, dass sich die USA jüngst dagegen entschieden hätten, die Gefangenen an China auszuliefern, und zwar wegen der Befürchtung, dass diese dort gefoltert und getötet würden.<sup>119</sup> Genau dies soll bei der Auslieferung von Exiluguren seitens der Shanghai Cooperation Organisation (SCO)-Mitgliedstaaten an China geschehen sein.<sup>120</sup> Die SCO hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1996 die organisierte Separatismusbekämpfung im zentralasiatischen Raum auf ihre Fahnen geschrieben. Unlängst richtete sie als Beschluss des Gipfeltreffens vom 17. Juni 2004 ein neues „Antiterrorismus-Zentrum“ (Regional Antiterrorism Structure, RATS) in Tashkent, Usbekistan, ein.<sup>121</sup> Diese Institution soll als Schnittstelle der SCO-Mitgliedstaaten dienen und einen verbesserten In-

<sup>115</sup>Entsprechend richtete sich die *Strike Hard*-Kampagne seit dem 11. September gegen „Separatismus, religiösen Extremismus und Terrorismus“ in Xinjiang; 1996 lautete die offizielle Zielsetzung die Bekämpfung „illegaler religiöser Handlungen und des Separatismus“ (vgl. Becquelin 2004a, a.a.O., S.40).

<sup>116</sup>Gladney 2004, a.a.O., S.343.

<sup>117</sup>Vgl. etwa Gladney 2004, ebd.

<sup>118</sup>Da Herr Kariaji von der chinesischen Regierung gesucht wird, in den USA aber keine Anklage gegen ihn vorliegt, mussten die Journalisten, die dieses Interview führten, zusagen, dass der Aufenthaltsort von Herrn Kariaji geheim bleibe (vgl. Cloud 2004, a.a.O.).

<sup>119</sup>Cloud 2004, a.a.O.

<sup>120</sup>Vgl. hierzu Becquelin 2004a, S.41. Zu den Mitgliedstaaten der SCO zählen seit 2001 Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan, die VR China und Usbekistan.

<sup>121</sup>Oresman, Matthew, „The SCO Summit and Criteria for Analysis“, in: [www.chinaeurasia.org/Newsletter.html](http://www.chinaeurasia.org/Newsletter.html); Meyer-Clement, Elena, „SCO bereitet sich militärisch auf Terrorbekämpfung vor“, in: C.a., 2003/8, Ü 5; Giese, Karsten, „Shanghai Cooperation Organisation aus der Taufe gehoben“, in: C.a., 2001/6, Ü 1.

formationsfluss von Daten gewähren, die Aufschluss über „verdächtige Personen“ im separatistischen und terroristischen Lager geben.<sup>122</sup>

Seit dem 11. September 2001 sehen sich Exiluguren sogar in den ehemaligen Zufluchtsländern Deutschland, Türkei und Syrien mit verstärkten Einschränkungen konfrontiert.<sup>123</sup> Am 15. Dezember 2003 forderte Beijing die deutsche Regierung dazu auf, den in München ansässigen Welt-Jugend-Kongress der Uiguren und das in Nürnberg arbeitende Ostturkestan-Informationszentrum als terroristische Organisationen verbieten zu lassen und ihre Mitglieder an China auszuliefern.<sup>124</sup> Entsprechend kompliziert war die Vorlaufzeit in der Genehmigung eines Treffens sämtlicher uigurischer Aktivisten in diesem Jahr in Deutschland unter der Zielsetzung, eine Organisation zu gründen, die für alle Uiguren sprechen sollte.<sup>125</sup> Philipp Bilsky von der China Redaktion der Deutschen Welle berichtet von der Gründung des World Uyghur Congress (WUC) im April 2004 in München<sup>126</sup> – ein bahnbrechendes Ereignis insofern, als sich in dieser Organisation so viele exilugurische Gruppen wie noch nie zusammengeschlossen und sogar in der Formulierung gemeinsamer politischer Ziele erste Erfolge erzielt haben sollen.<sup>127</sup> Die Forderung des neugegründeten uigurischen Kongresses stellt grob umrissen eine erweiterte Selbstbestimmung des uigurischen Volkes dar. In der Zielerreichung nimmt die Organisation, ebenso wie viele andere uigurische Exilorganisationen seit dem 11. September 2001, deutlich Abstand von gewalttätigen Maßnahmen.<sup>128</sup>

Wenn separatistische Äußerungen von Uiguren öffentlich vorgetragen werden, dann, so scheint es, nur noch über das Medium Internet und vornehmlich von uigurischen Exilanten. Gladney spricht in diesem Zusammenhang von einem „Cyber-separatism“, der innerhalb der letzten Jahre zusehends anwachse.<sup>129</sup> Nicht allen uigurischen Websites liegen allerdings separatistische Absichten zugrunde. Viele fordern die Wahrung uigurischer Rechte ein und kritisieren dabei mit Vehemenz Menschenrechtsverletzungen an Uiguren, ihre wirtschaftliche Ausbeutung sowie die Zerstörung des uigurischen Lebensraumes durch die Umweltverschmutzung im Gefolge parteistaatlicher Politik.<sup>130</sup> Im Zuge der Internationalisierung der Uigurenfrage ist zweifelsfrei die uigurische Interessensvertretung im Internet und außerhalb Chinas vernehmbarer geworden.<sup>131</sup> Dass allerdings diese Entwicklungen

die Uiguren Xinjiangs oftmals gar nicht tangieren, zeigt sich beispielsweise an der neuen Vereinigung des World Uyghur Congress, zu dem Bilsky relativierend feststellt: „Die rigide Informationspolitik Pekings macht eine effektive Rückkoppelung an die uigurische Bevölkerung (...) unmöglich. Von der Gründung des World Uyghur Congress in München erfuhr in Xinjiang fast niemand.“ Insbesondere im Lager uigurischer Aktivisten Xinjiangs führt der lange währende Kampf um uigurische Unabhängigkeit und politische Selbst- bzw. Mitbestimmung mancherorts zu resignativen Einsichten. So soll sich ein diesem Lager entstammender Uigure gegenüber dem Xinjiang-Experten Dru Gladney vor etwa drei Jahren wie folgt geäußert haben: „Wir haben die Hoffnung auf Unabhängigkeit aufgegeben, wir wollen nur noch emigrieren.“<sup>132</sup>

## 4 Fazit

Festzuhalten ist, dass der staatliche Akkulturationsdruck durch die Xinjiang-Politik der chinesischen Führung seit dem 11.9.2001 besonders bei urbanen, säkularen Uiguren in zunehmender Weise ein staatskonformes Verhalten auslöst. Dabei spielt der Wunsch nach größerer Partizipation am wirtschaftlichen Aufschwung Xinjiangs eine bedeutende Rolle. Ferner hat sich insbesondere bei den säkularen Uiguren die Auffassung durchgesetzt, dass in der momentan angespannten politischen Situation in Xinjiang die Artikulation spezifisch uigurischer Interessen nur im vorgegebenen rechtlichen Rahmen Aussicht auf Erfolg haben kann. Die aktuelle Kritik der Uiguren am Gesundheitswesen ist insofern vergleichbar mit der lange währenden Forderung nach tatsächlicher Autonomie, als in beiden Fällen „Rechte“ eingefordert werden, die den Uiguren als nationaler Minderheit Chinas offiziell eingeräumt werden. Die dabei nach außen signalisierte Identifikation mit der chinesischen Staatsbürgerschaft verbindet sich bei der staats-treuen uigurischen Bevölkerungsschicht häufig mit der Erwartung einer entsprechenden „Honorierung“ seitens des chinesischen Staates.

Die Strategien, welche die chinesische Führung anwendet, um ihre Kontrolle in der Region Xinjiang zu konsolidieren, stehen zunächst in keinem kausalen Zusammenhang zum 11. September 2001. Die gezielte Ansiedlung von Han-Chinesen und die wirtschaftliche Erschließung Xinjiangs wurden bereits mit Gründung der Volksrepublik zu diesem Zweck als politische Maßnahmen ergriffen. Hervorzuheben ist jedoch, dass der öffentlich dargelegte Anspruch der chinesischen Regierung ebenso wie ihr de facto praktizierter Zugriff auf die Region Xinjiang vermutlich noch nie so explizit waren wie heute. Hier zeigt der 11. September 2001 seine mittelbaren Auswirkungen. Angesichts der feststellbaren wachsenden Konformität bestimmter uigurischer Bevölkerungsgruppen scheint die „Homogenisierungspolitik“ Beijings zumindest phänotypisch erfolgreich zu sein. Immer noch unbeantwortet ist allerdings die Frage, ob der gegenwärtige Akkulturationsdruck bei anderen uigurischen Bevölkerungsteilen möglicherweise eine islamische Radikalisierung provoziert.

Wie der ethnogenetischen Darstellung dieses Beitrags zu entnehmen ist, weist ein quantitativ geringfügiger ui-

<sup>122</sup>Oresman, Matthew, ebd.; mündliche Informationen von Frau Dr. Gudrun Wacker, Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, am 1.7.2004.

<sup>123</sup>Cloud 2004, a.a.O.; mündliche Informationen von Frau Dr. Gudrun Wacker, ebd.

<sup>124</sup>„China: Menschenrechtslage dramatisch – EU-Waffenembargo aufrechterhalten“, in: Gesellschaft für bedrohte Völker, *Menschenrechtsreport*, Nr.33, April 2004, S.8.

<sup>125</sup>Vgl. etwa „China gegen Uiguren-Treffen“, in: *tageszeitung (taz)*, Nr.7336, 17.4.2004, S.6.

<sup>126</sup>Vgl. Bilsky, Philipp, „Blick nach Asien: Separatismus ohne Terrorismus – Erste Dachorganisation für die im west-chinesischen Xinjiang nach Unabhängigkeit strebenden Uiguren“, in: *Weltspiegel der Deutschen Welle*, 2.8.2004.

<sup>127</sup>Vgl. Bilsky 2004, a.a.O.

<sup>128</sup>Cloud 2004, a.a.O.; mündliche Informationen von Frau Dr. Gudrun Wacker, ebd.

<sup>129</sup>Gladney 2003, a.a.O., S.458.

<sup>130</sup>Gladney 2004, a.a.O., S.383.

<sup>131</sup>Bilsky 2004, a.a.O.

<sup>132</sup>Zitiert nach Gladney 2004, a.a.O., S.382.

gurischer Bevölkerungsteil durch seine historische, kulturelle und v.a. religiöse Prägung vom zentralasiatischen Ausland Dispositionen zum islamischen Fundamentalismus auf. Vertreter dieser Bevölkerungsgruppe, die oftmals Kontakte zu islamistischen Organisationen im Ausland pflegen, lassen sich mittels der uigurischen Ethnogenese und Widerstandsgeschichte primär in den Ursprungsstädten Südwest-Xinjiangs wie Kashgar und Khotan lokalisieren. Angesichts der gegenwärtigen religionspolitischen und anderen Einschränkungen durch die chinesische Xinjiang-Politik kann eine islamische Radikalisierung bei dieser Gruppierung nicht ausgeschlossen werden. Nach Rudelsons aktueller Einschätzung befinden sich die zu radikalen politischen Agitationen neigenden Uiguren momentan lediglich in einem „Wartemodus“.<sup>133</sup> Allgemein werden verbindliche Einschätzungen über radikal islamische Tendenzen und ihre Akteure allerdings durch den gegenwärtigen Umstand erschwert, dass im Zuge der *Strike Hard*-Kampagne auch islamisch gemäßigte Uiguren in den Untergrund bzw. die Illegalität gedrängt und, so weit der chinesischen Informationspolitik zu entnehmen ist, bei etwaigen Gesetzesbrüchen kurzerhand dem Lager islamisch radikaler Gruppierungen zugeordnet werden.

Die Frage, ob sich durch die gegenwärtige Repressionspolitik Chinas sogar breitere Massen unter radikal islamischen oder ethnonationalistischen Zielsetzungen gegen den chinesischen Staat mobilisieren könnten, muss momentan aus Gründen fortschreitender interner uigurischer Interessensdivergenz vermutlich mehr denn je verneint werden. Rudelson spricht aktuell von einem „Scheitern“ der intellektuellen uigurischen Elite bei dem Versuch, mit der von ihnen vertretenen ethnonationalistischen Ideologie größere uigurische Bevölkerungsteile zu erreichen.<sup>134</sup> Hierbei spielen drei wesentliche Faktoren eine Rolle. Erstens befinden sich die uigurischen Intellektuellen selbst in einem Dilemma, was ihre eigene Geschlossenheit angeht, denn ihre wachsende Akkulturationsbereitschaft gegenüber Han-chinesischer Sprache und Bildung tritt zunehmend in einen Widerspruch zu ihren pantürkistischen Zielsetzungen. Zweitens verstärkt die Tatsache, dass die uigurischen Intellektuellen die einzigen Nutznießer des so genannten „Wirtschaftsaufschwungs“ in Xinjiang sind, die Kluft zwischen den sozialen Schichtungen, da die ärmere, stärker islamisch verwurzelte uigurische Bevölkerung sie oftmals als Verräter ansehen. Und drittens unterschätzen diejenigen uigurischen Intellektuellen, die weiterhin am pantürkistischen Modell festhalten, weiterhin die Bedeutung lokaler Identität, also der uigurischen Oasenidentität, die sich sogar oder gerade in der gegenwärtigen Phase verschärfter staatlicher Unterdrückung religiöser und kultureller uigurischer Wesensmerkmale in ihrer identitätskonstituierenden Bedeutung offenbar ungebrochen hält. Vor diesen Entwicklungen spielen die säkularen uigurischen Intellektuellen im ideologischen Überbau des uigurischen Widerstandes heute keine derart signifikante Rolle mehr wie noch in den 1980er und 1990er Jahren. Zudem wird die junge säkulare Generation uigurischer Intellektueller aus staatlicher Perspektive immer leichter kontrol-

lierbar aufgrund des sprachlichen, kulturellen und religiösen Transformationsprozesses, in dem sie sich befindet.

Vielleicht ist es gerade der Wegfall einer die uigurischen Interessen unter einer Ideologie vereinigenden intellektuellen Trägerschaft, der ursprünglich traditionell islamisch geprägte, ökonomisch benachteiligte uigurische Randgruppen zu der Auffassung bringt, „ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen zu müssen“. Arbeitslosigkeit, die rasante Verbreitung des HI-Virus, Mängel im Gesundheitswesen und steigende Drogenabhängigkeit erhöhen die Frustration, während gleichzeitig ein wesentlicher Bereich der Frustrationsbewältigung, die Religion, extreme Einschränkungen erfährt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen könnten Zuschreibungen, die Uiguren als „islamische Terroristen“ diffamieren, irgendwann zu einer „sich selbst erfüllenden Prophezeiung“ werden, wenn die parteistaatliche Führung nicht anerkennt, dass nicht der islamische Glaube der Uiguren, sondern die Xinjiang-Politik Chinas die Hauptursache für Konflikteskalationen ist.

---

\* Patricia von Hahn, M.A. Ethnologie und Anglistik, hat nach Abschluss ihres Studiums an der Georg-August-Universität in Göttingen am Insitut für Asienkunde ein viermonatiges Praktikum absolviert.

<sup>133</sup>Information aus der Email-Korrespondenz mit Rudelson vom 13.7.2004.

<sup>134</sup>Stellungnahme Rudelsons, ebd.